

8 Die Singularisierung der ‚Arbeiter‘ (1977–1985)

Blättert man durch die Protokolle der ersten drei Bundesarbeiterkonferenzen, so mag man kaum glauben, dass es sich bei der Veranstaltung des Jahres 1977 um dasselbe Format wie bei den Tagungen der Jahre 1981 und 1985 handelte. Zu bieder und ambitionslos erscheint die erste Bundesarbeiterkonferenz im Vergleich zu den innovativen Events, welche die Personengruppe Arbeiter in der ersten Hälfte der 1980er Jahre auf die Beine stellte. Jedoch dürfen die Veranstaltungen nicht am selben Maßstab gemessen werden, fand die erste Zusammenkunft doch unter denkbar ungünstigen Bedingungen statt. Schon die Durchführung der Konferenz an sich war ein Meilenstein, ohne den die gewerkschaftliche Arbeiterpolitik die nächsten Jahre wohl kaum überstanden hätte. Im ersten Teil des Kapitels soll daher der Frage nachgegangen werden, inwieweit sie als ein Wendepunkt für die Arbeiterpolitik fungierte. Verschoben sich auf ihr die Gewichte vom Konzept der integrierten Arbeitnehmerpolitik hin zu dem einer auf Singularisierung ausgerichteten autonomen Arbeiterpolitik? Und welche Arbeiterbilder wurden dort verhandelt? Schließlich trafen hier erstmals die gewerkschaftlichen Spitzenangestellten, die bisher die Arbeiterpolitik gestaltet hatten, auf Vertreter der Basis, das heißt auf echte Arbeiter. Im zweiten Teil des Kapitels steht die Frage im Mittelpunkt, wie auf den beiden Folgekonferenzen die ‚Arbeiter‘ singularisiert wurden. Welche Potentiale bot eine solche Politik, wen sprach sie an und welche Grenzen zeichneten sich ab? Und finden sich schon Hinweise, weshalb die Bundesarbeiterkonferenz des Jahres 1989 die Singularisierung der ‚Arbeiter‘ nicht fortsetzte?

8.1 Die Bundesarbeiterkonferenz 1977 als Wendepunkt?

Die Personengruppe Arbeiter hatte die konzeptionelle Entwicklung nicht zuletzt durch die Problemtabelle Arbeiter deutlich in Richtung einer auf Singularisierung hin ausgerichteten autonomen Arbeiterpolitik vorangetrieben. Anstatt nach Maßgabe der integrierten Arbeitnehmerpolitik bereits vorhandene Überschneidungen der Statusgruppen herauszuarbeiten, betonten die politischen Papiere der Arbeiterpolitiker nun die Besonderheiten der Arbeiterschaft und leiteten einen umfassenden politischen Auftrag ab. Dieser erst Anfang März 1977 im Vorwort des Schwerpunktprogramms erneuerte Anspruch kollidierte mit dem Wunsch der DGB-Spitze, Arbeiterpolitik möglichst unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung zu betreiben. Es ist also möglich, dass es sich bei dem zur gleichen Zeit unternommenen Versuch der Gegner der Arbeiterpolitik, die Bundesarbeiterkonferenz zu verhindern und der gewerkschaftlichen Arbeiterpolitik ein Ende zu bereiten,

um mehr als eine bloße zeitliche Koinzidenz handelte. Sieht man darin eine direkte, unmittelbare Reaktion auf das Vorantreiben der autonomen Arbeiterpolitik, erklärte dies zumindest, warum die entsprechende Initiative Eugen Loderers im DGB-Bundesvorstand den Eindruck vermittelte, als sei sie eher das Ergebnis einer spontanen Eingebung als von langer Hand geplant gewesen. Noch zum Jahreswechsel 1976/77 hatte sich ja eine Kompromisslinie abgezeichnet. Auch wenn Loderer diese Veranstaltung nicht verhindern konnte, nahm er doch Einfluss auf deren Ausrichtung. Indem er ihre Herabstufung auf eine interne Arbeitstagung erreichte, hegte er die autonome Arbeiterpolitik entscheidend ein, da sie auf diese Weise kaum noch die für sie notwendige Öffentlichkeitswirksamkeit entfalten konnte.

Im Folgenden soll zunächst geklärt werden, in welchem Ausmaß die autonome Arbeiterpolitik auf der ersten Bundesarbeiterkonferenz verwirklicht werden konnte. Sodann ist zu fragen, welche Resonanz eine mit dieser Politik verbundene Singularisierung der ‚Arbeiter‘ bei Delegierten, Politikern und der Presse erzeugen konnte. Und schließlich ist zu zeigen, welches Arbeiterbild überhaupt vermittelt wurde. Werden all diese Teilaspekte kombiniert, lässt sich klären, inwiefern die Bundesarbeiterkonferenz als ein Wendepunkt für die Arbeiterpolitik gelten kann.

8.1.1 Autonome Arbeiterpolitik oder integrierte Arbeitnehmerpolitik?

Die formalen Schranken, die der DGB-Bundesvorstand der ersten Bundesarbeiterkonferenz auferlegt hatte, zeigten sich nicht nur im Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern auch im Verzicht auf ein Motto. Wie die im September 1976 diskutierten Vorschläge „Gesellschaftliche Position der Arbeiter“ beziehungsweise „Arbeiter in Betrieb und Gesellschaft“ nahelegen, wäre der Leitspruch wohl der autonomen Arbeiterpolitik entsprungen. Nur der dritte Vorschlag, der schlicht den Namen der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ repetierte, atmete den Geist der integrierten Arbeitnehmerpolitik¹. Ohne Motto fehlte der Konferenz ein sinnstiftender Bezugspunkt, und selbst die einzelnen Arbeitsgruppen ließen jeden Verweis auf die ‚Arbeiter‘ vermissen. Stattdessen trugen sie technokratische, rein sachpolitische Bezeichnungen: „Möglichkeiten einer aktiven Arbeitsmarktpolitik“, „Folgen des technischen Wandels“, „Menschengerechte Arbeitsgestaltung“ und „Arbeitszeitgestaltung“². Wie unschwer zu erkennen war, drehten sie sich um die großen, damit aber auch oft thematisierten Fragen der Zeit: Massenarbeitslosigkeit und neue

¹ Protokoll BAA, 14. September 1976.

² DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 7.

Technologien. Dass Martin Heiß die Bundesarbeiterkonferenz dadurch thematisch im Feld der Humanisierungsdebatte verortete, war ein geschickter Schachzug, schließlich war „das unausgesprochene Subjekt der HdA der männliche, einheimische Industriefacharbeiter“³. Doch anstatt nun offen auszusprechen, wer das Subjekt war und den ‚Arbeiter‘ dadurch zu singularisieren, beteiligte sich Heiß an der diskursiven Revision der anfänglichen Arbeiterzentrierung der Humanisierungsdebatte⁴. Denn er betonte ganz im Sinne der integrierten Arbeitnehmerpolitik, dass Arbeiter und Angestellte in gleicher Weise von Arbeitslosigkeit und technischer Entwicklung betroffen seien⁵. Dieser Trend der ‚Verarbeitnehmerlichung‘ des ‚Arbeiters‘ setzte sich auch in den Arbeitsgruppen fort, bis hin zur bereits zitierten Forderung, man möge statt von Schichtarbeitern von „besonders belasteten Arbeitnehmern“ sprechen. Fritz Neudel (IG Metall) präsentierte diese sprachpolitische Intervention in seinem Bericht für die DGB-Mitgliederzeitung gar als ein Ergebnis der Konferenz⁶.

Allerdings wollten nicht alle Referenten den Maßgaben der integrierten Arbeitnehmerpolitik folgen. Der Arbeitswissenschaftler Hans Pornschlegel – vielleicht aufgrund der Forschungsarbeit seiner drei Studenten für die Arbeiterprobleme besonders sensibilisiert – stellte „Lärm und Monotonie“, „schweres Heben und Tragen, Nässe und Zwangshaltungen“ als Kennzeichen von Arbeitertätigkeiten heraus⁷. Willfried Schaefer, Martin Heiß’ enger Mitarbeiter aus der DGB-Bundesvorstandsverwaltung, relativierte diese besondere Betroffenheit der Arbeiter jedoch sofort wieder, indem er die Arbeitnehmerschaft nach dem Kriterium der Belastung der jeweils ausgeübten Tätigkeit neu unterteilte. Besonders belastet seien nämlich die „Beschäftigten im technischen Bereich“, die „im kaufmännischen Bereich tätigen“ dagegen kaum⁸. Ähnlich wie bei den „besonders belasteten Arbeitnehmern“ brachte diese Neueinteilung keinen Gewinn an Klarheit. Denn kaum ein Arbeiter dürfte unter die Gruppe der „im kaufmännischen Bereich [T]ätigen“ gefallen sein, während die im technischen Bereich besonders Betroffenen letztlich wohl doch wieder dem Arbeiterbereich zuzuordnen waren. Formulierte Schaefer

3 Nina Kleinöder/Stefan Müller/Karsten Uhl, Die Humanisierung des Arbeitslebens. Einführung und methodische Überlegungen, in: dies., Humanisierung, S. 9–32, hier S. 20.

4 Vgl. Heinz Oskar Vetter (Hrsg.), Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe. Protokoll der Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 16. und 17. Mai 1974 in München, Frankfurt a.M./Köln 1974.

5 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 8.

6 Fritz Neudel, Bundesarbeiterkonferenz, in: Welt der Arbeit Nr. 49 vom 8.12.1977, zitiert nach: DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 147–149, hier S. 149.

7 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 55.

8 Ibid., S. 79.

am Ende also eine verkappte Arbeiterpolitik? Eine weitere Aussage deutet tatsächlich in diese Richtung:

Das bedeutet, nicht nur die Tarifpartei oder der Gesetzgeber sollen und können zur Lösung beitragen, sondern Mediziner, Politiker, Gewerkschafter, Betriebsräte, Vertrauensleute und Betroffene müssen in Zusammenarbeit Lösungen anstreben. In dieser Verbindung ist besonderes Gewicht auf den Hinweis „Betroffene“ zu legen, weil ihre Beteiligung entscheidend für das Gelingen des Ganzen sein wird.⁹

Mit dem Betroffenheitsbegriff legte Schaefer die Grundlage für eine Singularisierung der so abgegrenzten Gruppe. Denn Betroffene verfügen über eine exklusive Episteme, mit der ein Anspruch auf Problemlösungskompetenz und -relevanz einhergehen kann. Schaefer wies den „Betroffenen“ eine weder hinter- noch übergehbare Position zu. Aber indem er die Gleichsetzung von „Betroffenen“ und „Arbeitern“ so vehement bestritt, entzog er einer autonomen Arbeiterpolitik die begriffliche Grundlage.

Hält man sich die durch Vorbrückens Problemtabelle Arbeiter eröffnete Option vor Augen, ‚Arbeiter‘ zu singularisieren und dadurch offensiv in den Vordergrund zu rücken, wird deutlich, wie defensiv die Arbeiterpolitiker mit ihrer Konferenz zu Werke gingen. Aber nicht nur inhaltlich hielt sich die Bundesarbeiterkonferenz an das Konventionelle, sondern auch in der Art und Weise, wie die Themen behandelt wurden. Die privilegierte Stellung in den Arbeitsgruppen kam nämlich nicht den Betroffenen, sondern den Experten zu, die ihre Thesenpapiere zur Diskussion stellen durften¹⁰. Dies leistete einer systematisierenden Herangehensweise Vorschub, die der subjektiven Erfahrungsdimension der Arbeiter entsprechend weniger Raum bot. So standen beispielsweise nicht mehr, wie in den vorangegangenen Diskussionen der Personengruppe Arbeiter, die Arbeitslosen im Mittelpunkt des Interesses, sondern die Arbeitslosigkeit als ein strukturelles Problem. Folglich wurden vorrangig strukturelle Gegenmaßnahmen erörtert, die ganz dem Geist des kybernetischen Planungsdenkens verhaftet waren: Stellschrauben wie Lohnpolitik, Personalplanung oder Konditionierung von Rationalisierungsmaßnahmen sollten so gestellt werden, dass sie beschäftigungswirksame Effekte zeitigten¹¹.

Die Bundesarbeiterkonferenz, so lässt sich als erstes Fazit festhalten, folgte in den vorab festlegbaren Bereichen wie dem Eingangsreferat und der Gestaltung und Ausrichtung der Arbeitsgruppen klar den Maßgaben einer integrierten Arbeitnehmerpolitik. In Einzelfällen revidierte sie gar die Reichweite des Arbeiterbegriffs.

⁹ Ibid., S. 80.

¹⁰ Vgl. *ibid.*, S. 47–65.

¹¹ Vgl. besonders die Thesenpapiere von Edmund Duda zur aktiven Arbeitsmarktpolitik und von Reimar Birkwald zur Arbeitszeitgestaltung. *Ibid.*, S. 47–50, 59–65.

Foren für eine Singularisierung der ‚Arbeiter‘ genauso wie für das Einfordern einer autonomen Arbeiterpolitik boten höchstens noch die offenen Konferenzelemente, also die Aussprachen zu den Hauptreferaten sowie das Schlusswort, das Martin Heiß vorbehalten war.

8.1.2 Reichweite einer Singularisierung der ‚Arbeiter‘

Die Debatte um die Betroffenheit war im Rahmen der DGB-Humanisierungskonferenz 1974 schon einmal der Sache nach ausgetragen worden. Damals jedoch hatte die Kontroverse im Schlagwort des „Expertenstatus der Arbeiter“ ihren Ausgang genommen. Der Industriesoziologe Michael Schumann sah damals in der Erhöhung eben jenes „Expertenstatus der Arbeiter als Fachleute des Produktionsprozesses“ eine „[w]esentliche Zielsetzung“ eines zu entwickelnden gewerkschaftlichen Humanisierungskonzepts¹². Diese Kritik am Repräsentationsmodell der Gewerkschaften wollte Ursula Engelen-Kefer (Abteilung Sozialpolitik des DGB-Bundesvorstandes) so jedoch nicht stehen lassen: „Wie die bisherige Entwicklung zeigt, sind erhebliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nicht zuletzt auf Druck der Gewerkschaften erreicht worden.“¹³ Trotz dieser Gegenrede bleibt festzuhalten, wie präsent der Arbeiterbegriff auf der Humanisierungskonferenz des DGB gewesen war. Während auf der Bundesarbeiterkonferenz 1977 Bekenntnisse zu einer Arbeiterpolitik zunächst nur von den Delegierten im Rahmen der Aussprachen eingefordert wurden¹⁴, hatte drei Jahre zuvor der stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Gerd Muhr schon in seiner Begrüßungsansprache neben anderen die „un- sowie angelernte[n] Arbeiter“ als Hauptleitragende inhumaner Arbeitsbedingungen hervorgehoben¹⁵. Noch deutlicher wurde damals der DGB-Vorsitzende Vetter:

Es wäre wesentlich besser, wenn unsere Tageszeitungen von dem Schicksal und der Krankheitsanfälligkeit der 3,5 Millionen Nacht- und Schichtarbeiter berichten würden; doch darüber liest man selten etwas. Und es ist bezeichnend, daß die sogenannte Manager-Krankheit weniger

12 Michael Schumann, Bestandsaufnahme, Analyse und Entwicklungstrends im Produktionsbereich, in: Vetter, Humanisierung der Arbeit, S. 41–55, hier S. 55.

13 Vetter, Humanisierung der Arbeit, S. 94.

14 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 29–31, 33 f., 37.

15 Vgl. Gerd Muhr, Begrüßungsansprache, in: Vetter, Humanisierung der Arbeit, S. 13–17, hier S. 15. Die anderen an dieser Stelle namentlich genannten Gruppen umfassten „die älteren Arbeitnehmer, Frauen [...] und Leistungsgeminderte.“

die leitenden Angestellten im abgeschirmten Büro trifft als umgekehrt die Arbeiter am nervenaufreibenden Fließband.¹⁶

Diese für DGB-Verhältnisse auffallende Hervorhebung der Arbeiter dürfte nun weniger mit der Etablierung des Bundesarbeitsausschusses im selben Jahr zu tun gehabt haben als sie vielmehr eine Reaktion auf die gesellschaftlich sich abzeichnende Vergrößerung des Resonanzraums für Singularisierungsansätze des ‚Arbeiters‘ war. Mit anderen Worten: Der DGB reagierte auf eine gesellschaftliche Nachfrage, die nicht zuletzt von der Arbeiterschaft selbst initiiert worden war. Seit den spontanen Septemberstreiks hatten sie europaweit immer wieder selbständig Arbeitskämpfe organisiert, und auch die Bundesrepublik war von dieser erhöhten Intensität der Arbeitskämpfe erfasst worden. Die Gewerkschaften versuchten diese Entwicklungen einzufangen, indem sie viele der offiziellen Arbeitskämpfe nun in erster Linie für Arbeiterbelange führten¹⁷.

Auf dem Humanisierungskongress des DGB beteiligten sich überdies auch die Wissenschaftler an der Aktualisierung des Arbeiterbegriffs. Als Referent war nicht etwa ein Vertreter der Arbeitswissenschaft geladen, die, wie Adolf Jungbluth argumentiert hatte, auf den Arbeitnehmerbegriff ausgerichtet war. Mit Michael Schumann hielt vielmehr ein Vertreter der Industriosozilogie einen Vortrag, der ganz auf den Arbeiterbegriff setzte. Schumanns Prägung auf die Arbeiter hatte wiederum eine gewerkschaftliche Wurzel. Er war 1960 als studentischer Praktikant von Hans Matthöfer angeworben worden, der damals unter dem Gewerkschaftslinken Heinz Dürrbeck die Bildungsabteilung der IG Metall-Vorstandsverwaltung neu aufbaute. Dort betrieb Schumann erste wissenschaftliche Studien zu Industriearbeitern¹⁸. Dass nun seine harmlos klingende Forderung, Arbeiter als Experten des Produktionsprozesses zu begreifen, eine DGB-Funktionärin zur Widerrede veranlasste, lag womöglich auch an der internationalen Dimension, die im Hintergrund mitschwang. In Italien hatten die Gewerkschaften bei dem Autohersteller FIAT auf „Arbeiterkontrolle“ und damit auf eine „Reformpolitik ‚von unten‘“

¹⁶ Heinz Oskar Vetter, Referat, in: ders., *Humanisierung der Arbeit*, S. 25–38, hier S. 30. Freilich lassen sich auch einige Belegstellen ausmachen, in denen er die besondere Betroffenheit der Angestellten herausstellte. Vgl. *ibid.*, S. 31, 33.

¹⁷ Vgl. Schönhoven, *Deutsche Gewerkschaften*, S. 239 f. sowie Raphael, *Jenseits von Kohle*, S. 166–169.

¹⁸ Vgl. Werner Abelshauser, *Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer*, Bonn 2009, S. 131, FN 60.

gesetzt¹⁹, um dieselben Probleme zu lösen, die die DGB-Gewerkschaften mit einer Politik von oben beseitigen wollten. Für die Stärkung der betrieblichen Basis waren in der IG Metall auch Dürrbeck und Matthöfer eingetreten, doch bedeutete die schrittweise Demission beider in den frühen 1970er Jahren auch das Ende dieses Politikkonzepts in der größten Einzelgewerkschaft. Auch der DGB-Chef hatte auf dem Humanisierungskongress klare Grenzen gezogen, denn seine Medienschelte konnte ebenso als Signal an die Adresse der aktivistischen Gewerkschaftsmitglieder verstanden werden: „Nur gegen eins müssen wir uns zur Wehr setzen: Vielfach werden nämlich derartige Berichte und Kommentare garniert mit dem Vorwurf an die Adresse der Gewerkschaften: Wir sollten uns künftig diesem Gebiet mehr zuwenden!“²⁰ Wenn nun auf der Bundesarbeiterkonferenz 1977 deutlich weniger von Arbeitern gesprochen wurde, obwohl inhaltlich die gleiche Thematik behandelt wurde, so lag dies auch an einer Schrumpfung des arbeiterbezogenen Singularisierungsresonanzraums.

Die Politik und die ‚Arbeiter‘

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Person Hans Matthöfer, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen hatte er 1977 längst seine gewerkschaftliche Funktioniärskarriere gegen das Amt des Bundesministers für Forschung und Technologie eingetauscht. Er war damit eine zentrale Figur des Regierungsprogramms „Humanisierung der Arbeitswelt“²¹. Zum Zweiten nahm er in dieser Funktion an der Bundesarbeiterkonferenz teil. Als Regierungsmitglied verlieh ihr Matthöfer die für eine Singularisierung der ‚Arbeiter‘ so wichtige Legitimität, Relevanz und Ausstrahlung. Dennoch verwendete er in seiner Rede kein einziges Mal den Arbeiterbegriff, selbst dann nicht, als er typische Belastungen für Arbeiter referierte: „An vielen Arbeitsplätzen herrschen unzumutbare oder sogar gesundheitsschädigende Einflüsse der Arbeitsumgebung, wie Lärm, Erschütterungen, Staub, Schadstoffe in der Atemluft, Hitze, ungünstige Lichtverhältnisse, Nässe, hohe Luftfeuchtigkeit usw.“²². Stattdessen wick er hier auf den gewerkschaftlichen Standardterminus ‚Arbeitnehmer‘ aus. Alternativ sprach er vom „arbeitenden Menschen“²³. Dieser Ausdruck, der gleichermaßen an die Sprache Hans Böcklers wie an die katholische

19 Dietmar Lange, Eine neue Art, Autos zu produzieren? Arbeitskämpfe und betriebliche Gewerkschaftsinitiativen bei FIAT-Mirafiori zu Beginn der 1970er-Jahre, in: Kleinöder/Müller/Uhl, Humanisierung, S. 279–304, hier S. 279.

20 Vetter, Referat, S. 26.

21 Vgl. Abelshauser, Wirtschaftswunder, S. 288–297.

22 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 24.

23 Ibid., S. 15. Daneben nannte Matthöfer explizit die „Büroangestellten“ als neue Zielgruppe der HdA-Forschung. Ibid., S. 24.

Soziallehre erinnert, war für das von Matthöfer repräsentierte Programm einer Humanisierung der Arbeitswelt durchaus angemessen. Allerdings kann der Ausdruck auch als Indikator für eine politische Neuorientierung Matthöfers angesehen werden, denn noch Ende der 1960er Jahre hatte er seine Politik an der sozialistischen Umgestaltung des westdeutschen Wirtschaftssystems als Endziel ausgerichtet. Nun aber ging es ihm, wie Werner Abelshauser feststellte, darum, „dem – wie es schien – langfristig programmierten, unaufhaltsamen und ambivalenten Entwicklungsprozess der kapitalistischen Industriewirtschaft die menschenverachtende Spitze zu nehmen.“²⁴ Dies war auch der Punkt, an dem sich Matthöfer von den Vorstellungen der Arbeiterpolitiker entfernte. Aus dem Konzept der „Lebensqualität“ leitete Matthöfer seine Ablehnung einer generellen Absenkung des Renteneintrittsalters ab. Stattdessen warb er für die Möglichkeit eines individuell gestaltbaren Lebenswegs. Es sei besser, mit Mitte Dreißig für einige Zeit von der Arbeit zu pausieren, als pauschal mit 60 aufs Altenteil zu gehen. Bei Siegfried Merten, Mitglied im Hauptvorstand der ÖTV, stieß er damit auf völliges Unverständnis²⁵.

Matthöfer war mit dieser Haltung, die der Singularisierung der ‚Arbeiter‘ nur geringe Entfaltungsmöglichkeiten ließ, durchaus repräsentativ für die SPD. Schon bei der Humanisierungskonferenz des DGB 1974 hatte sich Helmut Rohde als Vertreter der SPD wie auch der Regierung in seinem schriftlichen Grußwort derselben Begrifflichkeiten wie Matthöfer drei Jahre später bedient²⁶. Immerhin griff Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg in seinem Grußwort an die Bundesarbeiterkonferenz 1977 den Arbeiterbegriff auf, doch seine Sprache ließ nur wenig Empathie und Emotionen erkennen, die eine erfolgreiche Singularisierung doch hätte hervorrufen müssen. Im Wesentlichen beließ er es bei einer Paraphrase des Konferenzprogramms, eingerahmt von guten Wünschen²⁷. Wie ist es zu erklären, dass gerade die ehemalige Arbeiterpartei SPD sprach- und symbolpolitisch wenig Anknüpfungspunkte für die gewerkschaftliche Arbeiterpolitik bot? Zum einen spielte die innerparteiliche Konstellation eine Rolle. Die Jusos hatten seit ihrer „Linkswende“ 1969 die Arbeiter als politische Bezugsgruppe, mehr aber noch als rhetorische Anrufungsinstanz entdeckt²⁸. Freilich war die Mutterpartei nicht bereit, dem Wunsch der Jusos folgend den Status der Volkspartei gegen denjenigen der Klassenpartei einzutauschen. Schon Willy Brandt hatte als Chef der sozialliberalen

24 Vgl. Abelshauser, Wirtschaftswunder, S. 137, 186, 289 (Zitat).

25 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 39–41.

26 Helmut Rohde, Schriftliches Grußwort, in: Vetter, Humanisierung der Arbeit, S. 21–22, hier S. 21.

27 Vgl. Dr. Herbert Ehrenberg, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, an die 1. Bundesarbeiterkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 24. November 1977, in: AdSD 5/DGCS000124.

28 Vgl. Dietmar Süß, Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren, in: AfS 44 (2004), S. 67–104, hier S. 76 f., 86.

Koalition die SPD auf den Bürgerbegriff hin orientiert²⁹. Auch Helmut Schmidt konnte dem Ansinnen, Politik für das „Proletariat“ zu machen, nichts abgewinnen. Der Parteilinken warf er vor, aufgrund ihrer Theorieversessenheit die Interessen und Lebensbedingungen der Arbeiter gar nicht wahrzunehmen³⁰. Er bekannte sich zwar zur „Zielgruppe der Arbeiter und Angestellten“, doch transzendierte er sie zugleich, da die Realität seiner Meinung nach von einer „Vielfalt von Lebenssituationen“ geprägt war. Politisch zog er daraus den Schluss: „Wer die Interessen der Arbeitnehmerschaft politisch verwirklichen will, braucht auch künftig die Stimmen der großen Mehrheit der Arbeitnehmer, wenn auch keineswegs nur deren Stimmen.“³¹ Die Kategorie ‚Arbeiter‘ war Schmidt als Bezeichnung einer intermediären Gruppe somit zu abstrakt, um die Vielfalt der Lebenswirklichkeit zu erfassen, gleichzeitig aber – anders als der Arbeitnehmerbegriff – nicht abstrakt genug, um eine mehrheitsfähige politische Zielgruppe zu repräsentieren. Im Endeffekt maß Schmidt der „politische[n] Mitte“ große Bedeutung für den Ausgang von Wahlen zu. Und diese Mitte definierte er nicht mehr nach sozialversicherungsrechtlichen Kategorien, sondern rechnete ihr jene „Leute[]“ zu, „die je nach Gefühl oder je nach ihrem Urteil [...] am Wahltag auch anders wählen können als das letzte Mal.“³² Dies wiederum lief auf eine Relativierung der politischen Relevanz des Arbeitnehmerbegriffs hinaus.

Das bedeutete aber nicht, dass die Politik insgesamt unempfindlich gegenüber den Singularisierungsbestrebungen des ‚Arbeiters‘ gewesen wäre. Resonanz erzeugte die Bundesarbeiterkonferenz an einer vielleicht unvermuteten Stelle, nämlich bei Norbert Blüm. Der Vorsitzende der CDA griff die Vorlage in seinem Grußwort entschieden auf:

Die Arbeitnehmerbewegung muss dafür Sorge tragen [...] dass die Stimme, die Erfahrung und die existenziellen Probleme der Arbeiter wieder mehr zur Geltung kommen. Die Arbeiter haben nicht jenen Anteil an Politik und Bildung, der ihrer Leistung und ihrer zahlenmäßigen Bedeutung entspricht. Eine Arbeitnehmerbewegung, die nicht mehr fest in der Arbeiterschaft verwurzelt wäre, hätte den Boden unter den Füßen verloren.³³

²⁹ Vgl. Gabriele Metzler, Der lange Weg zur sozialliberalen Politik. Politische Semantik und demokratischer Aufbruch, in: Habbo Knoch (Hrsg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 157–180.

³⁰ Vgl. Helmut Schmidt, Was denkt ihr denn, was die Arbeiter interessiert? (21.9.1974), in: ders., Kontinuität und Konzentration, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 193–198, hier S. 193f., 198.

³¹ Ders., Die Arbeitnehmer stehen im Zentrum (10.4.1973), in: ders., Kontinuität, S. 113–122, hier S. 117.

³² Ders., Die SPD ist keine Seminareinrichtung (8.3.1974), in: ders., Kontinuität, S. 154–163, hier S. 157.

³³ Norbert Blüm, Bundesvorsitzender der Sozialausschüsse der CDA, an die 1. Bundesarbeiterkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 24. November 1977, in: AdsD 5/DGCS000124.

Die Bereitschaft der CDA, sich so entschieden auf die Belange der gewerkschaftlichen Arbeiterpolitik einzulassen, lag nicht nur in der Tatsache begründet, dass es in der CDU keine Jusos gab. So kam der christdemokratischen Arbeitnehmervereinigung – anders als ihrem sozialdemokratischen Pendant, der AfA – die Rolle des linken Parteiflügels zu. Die Loyalität der CDA gegenüber der gewerkschaftlichen Arbeiterpolitik war darüber hinaus schon deshalb angezeigt, weil sich das Arbeiterreferat des DGB fest in der Hand christdemokratischer Gewerkschafter befand. Als dritter Grund ist schließlich auf eine – im wissenssoziologischen Sinne und daher nicht pejorativ zu verstehende – ideologische Grundtendenz zu verweisen. Wo der sozialistische Ansatz eher nach Konvergenztendenzen sucht, bleibt die katholische Soziallehre der Bewahrung von Divergenzen verpflichtet, was etwa im Bekenntnis zur Subsidiarität zum Ausdruck kommt. Ein partikular gedachter Arbeiterbegriff scheint der sozialkatholischen Sichtweise näherzuliegen als ein universalisierender Arbeitnehmerbegriff³⁴.

Die Medien und die ‚Arbeiter‘

Von dem fortbestehenden gesellschaftlichen Resonanzraum für Singularisierungsbestrebungen des ‚Arbeiters‘ zeugte schließlich das Interesse der Medien. Obwohl die Presse auf der Tagung selbst ausgeschlossen war, nahmen Vertreter der öffentlich-rechtlichen Anstalten wie WDR, NDR, ZDF, Deutschlandfunk und Tagesschau ebenso wie Mitarbeiter der Presseagenturen ddp und Reuters sowie Zeitungsjournalisten der Deutschen Volkszeitung, des Handelsblatts sowie der DKP-Postille Unsere Zeit teil³⁵. Im offiziellen Konferenzprotokoll spiegelte sich diese Medienvielfalt jedoch nicht wider, da dort nur sechs Artikel aus gewerkschaftseigenen Zeitschriften und die Abschriften zweier WDR-Rundfunksendungen dokumentiert sind. Bemerkenswerterweise adressierten immerhin sechs der acht Artikel die Arbeiterfrage direkt. Die Arbeiterpolitiker des DGB hatten diesem Ergebnis durch ihre Presseerklärung Vorschub geleistet, in der die diskutierten Themen immer wieder auf die Arbeiter zurückbezogen wurden. Zwar dominierte hier wie auf der Konferenz der sachpolitische Zugang und somit die integrierte Arbeitnehmerpolitik, und im Hinweis, die Gewerkschaftspolitik sei „für den arbeitenden

³⁴ Ulrich Jenne führte das unvollständig gebliebene Arbeiterbild der katholischen Soziallehre hingegen pragmatisch vor allem auf methodische Aspekte zurück: Die sozialkatholische Bewegung habe „nacheinander Kriterien entwickelt, mit deren Hilfe sie alle Lebensbereiche des Arbeiters zu erfassen suchte. Auf diesem Wege gelang es, ein Bild des Arbeiters in Einzelaspekten zu entwerfen.“ Ulrich Jenne, *Das Bild des Arbeiters in der katholisch-sozialen Bewegung Deutschlands in den Jahren 1848–1933*, Diss., München 1976, S. 386.

³⁵ Vgl. Teilnehmerliste Pressekonferenz 25. November 1977, S. 7 f., in: AdsD 5/DGCS000124.

Menschen und damit für das Gros unserer Staatsbürger bestimmt“, klang gar die Vorstellung einer ‚Arbeitnehmergesellschaft‘ an. Dennoch ließen sich eben auch erste öffentliche Singularisierungsversuche des ‚Arbeiters‘ erkennen³⁶.

Nicht alle Medienberichte nahmen diesen Spielball auf. Die Ausnahme stellte neben dem bereits erwähnten Artikel Fritz Neudels für die „Welt der Arbeit“ ein Hörfunkbeitrag des WDR dar, der sich um die Schwierigkeiten des Humanisierungsprogramms drehte. Das Dilemma, in dem sich Gewerkschaften wie Politik und Wissenschaft befanden, lag laut dem Beitrag darin, mit drängenden Arbeitnehmerproblemen konfrontiert zu sein, ohne über valide Lösungsansätze zu verfügen. Aber auch die Arbeiter – im Beitrag durchweg als „Arbeitnehmer“ bezeichnet – wurden als Hindernis ausgemacht, wobei sich der Reporter auf ein Zitat des GHK-Funktionärs Peeter Raane stützte: „Arbeitnehmer etwa, die 25 Prozent Zulage bekommen, weil sie mit giftigen Dämpfen umgehen müssen, haben sich an diesen Lohnbestandteil gewöhnt und wollen nicht darauf verzichten, wenn etwa eine moderne Absauganlage eingebaut wird.“³⁷ Da der Reporter diese Aussage nicht weiter einordnete, konnte der Eindruck erweckt werden, als seien die Arbeiterinnen und Arbeiter letztlich selbst für ihre inhumanen Arbeitsplätze verantwortlich. Grundsätzlich aber hatte auch der WDR-Redakteur die Relevanz der diskutierten Probleme anerkannt. Sein Kollege Marcel Gärtner, der sich ausführlich mit der gewerkschaftlichen Arbeiterpolitik beschäftigte, schrieb der Arbeiterfrage eine künftig noch zunehmende Bedeutung zu. Da sich die gewerkschaftliche Auseinandersetzung um die Arbeiterpolitik vor einem „tiefgreifenden Strukturwandel“ vollziehe, habe die Bundesarbeiterkonferenz „zunächst nur die Spitze des Eisberges sichtbar“ gemacht³⁸. Allerdings war Gärtner eher an der innergewerkschaftlichen Machtfrage interessiert, wodurch die Arbeiter mit ihren Belangen in den Hintergrund traten.

Anders verfahren die Autoren der gewerkschaftlichen Presseberichte. Drei von ihnen beließen es bei einer einmaligen Feststellung besonderer Arbeiterprobleme: mangelnder gesellschaftlicher Wertschätzung, besonderer Betroffenheit von Ar-

³⁶ Vgl. Bundesarbeiterkonferenz vom 24./25.11.1977, Pressekonferenz am 25.11.1977, in: AdsD 5/ DGCS000124. Das Zitat findet sich auf S. 8.

³⁷ Man. J. M. Bachhausen, Kürzere Arbeitszeit und menschengerechtere Arbeitsplätze, in: Westdeutscher Rundfunk, I. Programm, Schichtwechsel, 28.11.1977, zitiert nach: DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 155–156, hier S. 155.

³⁸ Marcel Gärtner, Erste DGB-Arbeiter-Konferenz. Sendung Politik heute, Freitag, 25.11.1977, 19.10–19.25 Uhr, 1. Programm WDR/NDR; Westdeutscher Rundfunk Studio Düsseldorf, zitiert nach: *ibid.*, S. 153–154.

beitslosigkeit und technischem Wandel, Bildungsproblemen³⁹. Immerhin standen diese zurückhaltenden Singularisierungsversuche prominent am Beginn oder Ende des jeweiligen Artikels. Dadurch blieben die Aussagen zwar isoliert und gewannen etwas Parolenhaftes, doch indem die Arbeiter hier nur passiv als Opfer struktureller Gegebenheiten in Erscheinung traten, evozierte dies einen moralischen Handlungsdruck zu ihren Gunsten. Zwei weitere gewerkschaftliche Presseartikel knüpften hieran an und zeigten, wie ‚Arbeiter‘ noch effektiver singularisiert werden konnten. Dem Mitarbeiter der Eisenbahnerzeitschrift gelang dies durch die Reaktivierung des Verlaufsaspekts. Während die anderen Berichte die Arbeiterprobleme lediglich in präsentistischer Manier konstatiert und sie dadurch normalisiert hatten, arbeitete der Autor des Eisenbahnerberichts durch das „[H]eute noch“ und das „Noch immer“ die Unhaltbarkeit des Status quo heraus⁴⁰. Diesen Aspekt griff der in der Bauarbeiterzeitschrift erschienene Artikel gleich mit der Überschrift „Teufelskreis durchbrechen“ auf, stützte sich im Haupttext aber auf einen anderen Gedanken:

Sie stellen den größten Teil der Gruppe, die am Abend in den Versammlungen schon nach 21.00 Uhr nicht mehr in der Lage ist, der Diskussion zu folgen. Sie arbeiten im Schichtsystem, sie stehen am Band, sie fahren schwere Laster, sie befördern schwere Lasten, sie leiden unter Hitze, Staub oder chemischen Dämpfen. Ihre Arbeit hält sie fern von Vorträgen, von der Volkshochschule oder auch vom Theater. Sie gehören, weil sie Arbeiter sind, zu den Benachteiligten der Nation und brauchen ihre gesamte freie Zeit, um sich zu erholen und von der Bürde ihrer täglichen Arbeit Abstand zu gewinnen.⁴¹

Dies war ein erfolgversprechender Singularisierungsansatz. Indem der Autor auf konkrete Tätigkeiten und Belastungen verwies, verlieh er den ‚Arbeitern‘ eine Aura der Authentizität. Die Darstellung ihrer Arbeitsbelastung wiederum leitete er aus der körperlichen Konfrontation mit Elementargewalten („Hitze“, „Staub“, „chemische Dämpfe“) ab, wodurch er die ‚Arbeiter‘ in die Nähe heroischer Gestalten wie Herkules (insofern als sie ihre schweren Aufgaben meistern) oder Sisyphos (insofern als ihre tägliche Arbeit eine „Bürde“ ist) rückte. Durch diese mythische Über-

³⁹ Vgl. H.E., Probleme, die vor allem Arbeiter belasten, in: Gewerkschaftspost. Zentralblatt der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik v. Dez. 1977, zitiert nach: *ibid.*, S. 151–152, hier S. 152, Dieter Benthien, Unsere Wirtschaft braucht Hände mit Kopf, in: Die Quelle 12/77, zitiert nach: *ibid.*, S. 157–159, hier S. 159 sowie wh, Mehr Arbeitsplätze schaffen, in: ÖTV-Magazin 1/78, zitiert nach: *ibid.*, S. 161–163, hier S. 161.

⁴⁰ Ld, Auswirkungen untersucht, in: Der Deutsche Eisenbahner 1/78, zitiert nach: *ibid.*, S. 143–145, hier S. 144.

⁴¹ E.O., Erste DGB-Bundesarbeiterkonferenz. Teufelskreis durchbrechen, in: Der Grundstein, Dezember 1977, zitiert nach: *ibid.*, S. 165–166, hier S. 165.

höhung wurden die ‚Arbeiter‘ als *die anderen* konstruiert. Dies bildete die argumentative Grundlage für die später angeführte These, die Arbeiter gehörten „zu den Benachteiligten der Nation“. Warum dies alles jedoch für die Bürger relevant sein sollte, klang in diesem Textausschnitt nur an: Weil die Arbeiter die Produzenten sind, oder vielleicht weniger marxistisch und dem Zitat angemessener, weil sie die systemrelevanten, aber undankbaren Tätigkeiten ausführen, obwohl ihnen daraus klare Nachteile mit Blick auf Teilhabe an Bildung und Kultur erwachsen. Die Bürger müssen folglich schon aus Eigennutz ein Interesse daran haben, dass die Mühen der Arbeiter adäquat kompensiert werden. Denn die Konsequenzen eines Streiks der Müllarbeiter durften die Bundesbürger auch drei Jahre nach dem großen ÖTV-Arbeitskampf noch nicht vergessen haben.

8.1.3 Arbeiterbilder auf der Bundesarbeiterkonferenz

Erstmals trafen auf der Bundesarbeiterkonferenz sozialversicherungsrechtlich als Arbeiter klassifizierte Personen als Delegierte auf die Arbeiterpolitiker des DGB. Für mögliche Singularisierungsbemühungen war dieser Aspekt nicht irrelevant. Denn so bestand die Möglichkeit, das für die Singularisierung notwendige Arbeiterbild mit den Betroffenen selbst auszuhandeln und dadurch zu authentifizieren. Zwingend war eine Berücksichtigung der von den Arbeitern vertretenen Meinung nicht. Eine Singularisierung kann auch dann gelingen, wenn sie beim intendierten Publikum plausibel den Anschein erweckt, einen authentischen Kern zu enthalten⁴². Da die erste Bundesarbeiterkonferenz unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, war die Gelegenheit für die Arbeiterpolitiker günstig, diesen Weg zu wählen.

Die Arbeiterbilder, die von der Basis und der Gewerkschaftsspitze vertreten wurden, hätten unterschiedlicher nicht sein können. Zur Karikatur verzerrte ausgerechnet Martin Heiß in seiner Schlussansprache den ‚Arbeiter‘, als er auf die Geschenke für die Delegierten zu sprechen kam:

Wir haben uns überlegt, recht viel können wir ja nicht kriegen, aber wenn man schon was kriegt, dann soll es einigermaßen arbeitergerecht sein. Da haben wir also angefangen mit der Tatsache [sic! – recte: Tasche], da waren wir der Meinung, da paßt auch Werkzeug rein. Und da Werkzeug reinpaßt, haben wir auch ein kleines Werkzeug mit reingegeben. Und wer ein richtiger Arbeiter ist, der braucht Seife, Handtuch und eine Handbürste, die hat er gestern bekommen, und ich möchte wissen, welcher Arbeiter nicht gern einen Schnaps trinkt, den kriegt er noch hinterher. Kollegen, das ist nicht üblich, aber wir haben gedacht, wir stehen ein

42 Vgl. Reckwitz, Gesellschaft, S. 138.

bißchen vor Weihnachten, und Ihr habt manche Stunde auch wieder im gewerkschaftlichen Auftrag Euch von Euren Frauen, von Eurer Familie entfernt. Nehmt die Flasche mit nach Hause und trinkt sie mit Eurer Frau.⁴³

Hier paarten sich traditionelle Vorstellungen von Männlichkeit⁴⁴ mit bürgerlichen Assoziationen vom schmutzigen Proleten⁴⁵, vorgetragen in einem paternalistischen, beinahe schon marktschreierischen Tonfall. Auch dies kann als Singularisierung aufgefasst werden, wenngleich sie in dieser Form kaum geeignet war, das gesellschaftliche Prestige der Arbeiter zu steigern. Heiß' Einlassung ist umso überraschender, als sich einer der anwesenden Arbeiter, Horst Roggenbuck, gleich zu Beginn im Rahmen der Aussprache ganz anders präsentiert hatte: „Ich bin Lohnempfänger, Autobusfahrer der BVG (Berliner Verkehrsbetriebe), habe ein Ehrenamt, ich bin Vorsitzender des Hauptpersonalrates des Landes Berlin, verantwortlich für 160.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Berlin.“⁴⁶ Gerade das Crescendo erzeugt eine Spannung zwischen der sozialversicherungsrechtlichen Zuordnung des Redners als ‚Arbeiter‘ und der tatsächlich von ihm im Rahmen eines Ehrenamtes getragenen Verantwortung. Sein Einfluss auf das tägliche Leben der Arbeiter stand dem des GBV-Mitglieds Martin Heiß gewiss kaum nach. Zugleich machte Roggenbuck mit viel Understatement deutlich, welche Aufstiegsmöglichkeiten ein Arbeiter nicht zuletzt dank der historischen Verdienste der Gewerkschaften damals schon – oder besser: noch? – hatte. Allerdings stellte auch das von ihm vermittelte Arbeiterbild nur einen Ausschnitt aus der Realität dar, wie in anderen Wortbeiträgen deutlich wurde.

Neben dem forschen Horst Roggenbuck gab es auch Karl Krämer von der NGG, der sehr zurückhaltend auftrat:

Ich möchte mich kurz fassen, weil das ja mit Sicherheit im Zeitplan so vorgesehen ist. Darum kann ich leider zu dem Inhalt des Referats von Herrn Minister Matthöfer keine Stellung nehmen, denn mit Sicherheit würde ich dann die Zeit überschreiten. Zweitens kann ich auch zu anderen Problemen, die uns sehr dringend als Arbeiter am Herzen liegen, keine Stellung beziehen, weil die Zeit jetzt drängt.⁴⁷

⁴³ DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 94.

⁴⁴ Noch 1960 hatten Arbeiter der oberpfälzischen Maxhütte sofort die Arbeit niedergelegt, als ihr Bierkonsum während der Arbeitszeit aus Sicherheitsgründen eingeschränkt wurde. Vgl. Süß, Kumpel, S. 172–176.

⁴⁵ Zum Topos des Schmutzes vgl. Bogdal, Schaurige Bilder, S. 85–116. Die Bedeutung von Sauberkeit hob auch der Arbeiter „Walter“ in seinem Interview im Rahmen der Studie von Hindrichs et al., Abschied, S. 111, mit Blick auf seine Lehrlingszeit hervor: „Mein Anspruch war, ich gehe da mit sauberen Händen hin und mit sauberen Händen wieder weg.“

⁴⁶ DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 27.

⁴⁷ Vgl. *ibid.*, S. 37.

Es gab Bildungsbeflissene wie Karl Praegner von der Eisenbahnergewerkschaft, der bedauerte, dass Matthöfers Buch nicht allen Delegierten zur Verfügung gestellt wurde. Und es gab Bildungskeptiker wie Siegfried Merten von der ÖTV, der die häufige Verwendung von Fremdwörtern in einer Gewerkschaftsbroschüre beklagte: „Wer kann denn einem Arbeiter dieses Stück Papier in die Hand geben und sagen: das ist deine Gewerkschaft? [...] Man fragt sich manchmal, wofür eigentlich dort die Broschüre geschrieben wird. Um seine Wissenschaftlichkeit nachzuweisen?“⁴⁸

All diese Arbeiterbilder konnten einen Realitätsbezug für sich beanspruchen. Es wäre eine interessante Herausforderung gewesen, die Gegensätze klar zu benennen und zu diskutieren. Allein: Es kam nicht dazu. Die Widersprüche blieben unvermittelt im Raum stehen. Die hauptamtlichen Arbeiterpolitiker des DGB hatten damit weitgehend freie Hand bei der Festlegung auf ein Arbeiterbild, das sie in ihrer weiteren Arbeit wie auch gegenüber der Öffentlichkeit vertreten wollten.

8.1.4 Ein Wendepunkt?

Was den inhaltlichen Ertrag betraf, stellte die Bundesarbeiterkonferenz gewiss keinen Wendepunkt dar. Zu nahe war die Konferenz thematisch an die vorangegangenen Veranstaltungen zur Humanisierungsfrage angelehnt. Selbst die zentrale Forderung, Arbeiter sollten sich „gesundheitsschädigende Tätigkeiten“ nicht länger durch Zulagen monetär entschädigen, sondern nur noch – sofern sie unvermeidbar waren – durch vermehrte Freizeit „kompensieren“ lassen, war bereits auf der Humanisierungskonferenz des DGB drei Jahre zuvor erhoben worden. Interessanterweise hatte der DGB-Chef diesen wichtigen gesundheitspolitischen Schritt damals nicht als eigene Errungenschaft reklamiert, sondern die geistige Urheberschaft den italienischen Gewerkschaften zugeschrieben⁴⁹.

Wenn sprachpolitisch von einer Wende gesprochen werden kann, so von einer, die hinter den erreichten Stand von 1974 zurückführte. Schließlich hatte sogar Heinz Oskar Vetter damals explizit von Arbeitern gesprochen, während sich auf der Bundesarbeiterkonferenz nun eine Arbeitsgruppe daranmachte, den Schichtarbeiterbegriff zu schleifen. Allerdings lohnt es sich gerade hier zu differenzieren. Denn bei Martin Heiß ließ sich durchaus eine Wende hin zum ‚Arbeiter‘ erkennen.

⁴⁸ Vgl. *ibid.*, S. 35, 41 (Zitat).

⁴⁹ *Ibid.*, S. 81. Vgl. zudem die „Ergebnis-Thesen der Arbeitsgruppe 1 Humanisierung des Mensch-Maschine-Systems“, in denen es unter anderem heißt: „Kein Kauf von Gesundheitsschäden für Geld“. Vetter, *Humanisierung der Arbeit*, S. 201. Zu Vetter vgl. *ibid.*, S. 235.

Auf dem ein Jahr zuvor veranstalteten RKW-Kongress in Essen hatte er mit Blick auf die sich vollziehende Rationalisierung noch die besondere Betroffenheit der Angestellten herausgestellt. In den Abschnitten zur Arbeiterschaft hatte er dagegen auf den verallgemeinernden Arbeitnehmerbegriff zurückgegriffen⁵⁰. Dies bedeutete, dass Heiß, sobald er als Vertreter des DGB auftrat, sich bisher dem Sprachregime des Spitzenverbandes unterworfen hatte. Er hatte sich in Essen nicht als oberster Arbeiterpolitiker zu erkennen gegeben. Auf der Bundesarbeiterkonferenz begann sich dies zu ändern – darüber kann auch das von Heiß präsentierte Arbeiterbild, das vielleicht in der Bildzeitung besser aufgehoben gewesen wäre, nicht hinwegtäuschen. War sein Eröffnungsreferat ganz der integrierten Arbeitnehmerpolitik verpflichtet, nutzte Heiß seine Schlussansprache, um der autonomen Arbeiterpolitik Raum zu geben. Fast wortgleich übernahm er die Forderung des Bundesarbeiterausschusses nach einem weitreichenden arbeiterpolitischen Mandat, das die Gewerkschaften gegenüber allen relevanten politischen Akteuren vertreten sollten. Zwar erkannte auch er in gemeinsamen Tarifverträgen für Arbeiter und Angestellte, die dem Ideenspektrum der integrierten Arbeitnehmerpolitik zuzurechnen sind, das Mittel der Wahl, doch die Begründung bediente sich dem Singularisierungsinstrumentarium: Heiß führte „besondere Probleme“ der Arbeiter an, beklagte die fehlende gesellschaftliche „Anerkennung“ und forderte, dass „[d]ie bisher praktizierte Differenzierung zwischen den verschiedenen Arbeitnehmergruppen [...] beseitigt und zugunsten der Arbeiter verändert werden [muß]“⁵¹. Er beließ es aber nicht nur bei rhetorischen Bekenntnissen, sondern entwickelte auch eigene Initiative, wenn er die Delegierten aufforderte, die kritischen „Gedanken und Anregungen [...] auf dem nächsten DGB-Bundeskongreß“ vorzutragen⁵². Auch wenn Heiß wohl kaum zum Volkstribunen taugte, war aufgrund der konträren Positionen zur Arbeiterpolitik, welche die Gewerkschaftsbasis und -spitze jeweils einnahmen, die Mobilisierung der Delegierten auf den Bundeskongressen das schärfste Mittel, das ihm im Machtkampf mit den anderen Funktionären zur Verfügung stand.

Dass es so weit nicht kam, lag daran, dass Heiß die Methode, sich auf ein basisdemokratisches Mandat zu berufen, erfolgreich in einem anderen DGB-Gremium, dem DGB-Bundesausschuss, zur Anwendung brachte. Er nutzte die obligatorische Berichterstattung über die Veranstaltung, um für eine wirkliche

50 Vgl. Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) e. V., *Menschengerechte Arbeit – Erfahrungsaustausch zwischen Forschung und betrieblicher Praxis. Dokumentation zum RKW-Kongress am 6. und 7. April 1976 in Essen, Gruga-Hallen*, o. O. 1977, S. 32, 35.

51 Vgl. DGB-Bundesvorstand, *Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977*, S. 92–93, Zitate auf S. 92. Vgl. zudem Willfried Schaefer, *Aktennotiz für den Kollegen Heiß*, 2. März 1977, Anlage: Plan für die Durchführung der Bundesarbeiterkonferenz, 3. Entwurf, 1. März 1977, in: AdSD 5/DGCS000124.

52 DGB-Bundesvorstand, *Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977*, S. 89.

Gleichberechtigung der Personengruppe Arbeiter zu werben. Er bemängelte die symbolische Abwertung, der die Arbeiterkonferenz unterworfen war. Dabei vergaß er nicht, auf die Verstimmung der Delegierten zu verweisen. Diese hätten die Diskriminierung „als Ärgernis empfunden“, und sie hätten dies „unter Hinweis auf die Satzungsbestimmungen des DGB auch deutlich zum Ausdruck gebracht.“⁵³ Dass sich die Arbeiterpolitiker dennoch penibel an die Vorgaben gehalten hatten, wie Heiß betonte, und sich somit als loyale Gewerkschafter erwiesen hatten, trug wohl seinen Teil dazu bei, dass die nächsten Bundesarbeiterkonferenzen in aller Öffentlichkeit stattfinden durften.

Auch mit Blick auf die Funktion der Konferenzen als Singularisierungsinstrument für die ‚Arbeiter‘ wirkte die erste Veranstaltung 1977 als Wendepunkt. Denn in den Wortbeiträgen einiger Delegierten war bereits angeklungen, wie eine Singularisierung der ‚Arbeiter‘ gelingen konnte. So hatte der spätere rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck mit dem Hinweis, „daß niemand besser als Arbeiter selber Probleme der Schichtarbeit in die gewerkschaftliche Diskussion einbringen können“⁵⁴, auf die Bedeutung von Authentizität verwiesen. Die damit zum Ausdruck gebrachte Aufwertung der Erfahrung gegenüber der Expertise von Wissenschaftlern und Gewerkschaftsfunktionären legte die direkte Einbeziehung von Arbeitern nahe. Becks ÖTV-Kollege Georg Dressendörfer fügte den Aspekt der besonderen Betroffenheit hinzu, wenn er die belastenden Arbeitsbedingungen für Arbeiter in Erinnerung rief, die ihre Tätigkeiten „in stickigen Kellern“ oder bei „Lärm“ verrichten müssten⁵⁵. Diese Einlassung rechtfertigte den Anspruch der Arbeiter auf öffentliches Gehörtwerden. Das dritte Element schließlich, das für die Singularisierung der ‚Arbeiter‘ nutzbar gemacht werden konnte, war die Rückbesinnung auf den Verlaufsaspekt, der durch die Problemtabelle in den Hintergrund getreten war.

8.2 „Riechbar“, „Lärmautomat“ und „Lügenotto“ – die Bundesarbeiterkonferenzen 1981 und 1985

Auf dieser Grundlage boten die Veranstalter in der ersten Hälfte der 1980er Jahre nun einiges auf, um die ‚Arbeiter‘ als etwas Besonderes herauszustellen, sie zu singularisieren. Ohne Zweifel bildeten diese beiden Konferenzen den Höhepunkt der Arbeiterpolitik des DGB, nicht zuletzt, weil sie unter optimalen Bedingungen

⁵³ Vgl. Martin Heiß, Kurzbericht zu Tagesordnungspunkt 5. der DGB-Bundesausschusssitzung am 7. Dezember 1977, S. 1, in: AdSD 5/DGCS000124.

⁵⁴ DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundesarbeiterkonferenz 1977, S. 33.

⁵⁵ Ibid., S. 31.

stattfinden. Sie können folglich als Indikator für Möglichkeiten, Grenzen und Nutzen einer auf Singularisierung hin angelegten Arbeiterpolitik herangezogen werden. Im Folgenden soll gezeigt werden, wie Singularisierung über das Format und über die Inhalte betrieben wurde, welches Arbeiterbild in die Öffentlichkeit vermittelt wurde, wer genau die Singularisierung betrieb und welche Resonanz sie bei Politik und Medien erzeugte. Da diese Hochphase der Arbeiterpolitik im Grunde mit der Bundesarbeiterkonferenz 1985 schon wieder endete, ist auch nach Faktoren Ausschau zu halten, die der Singularisierung der ‚Arbeiter‘ zuwiderliefen.

8.2.1 Eine „Konferenz zum Anfassen“ – Singularisierung über das Format

Wahrscheinlich hatten sich noch nicht alle Gäste und Delegierten der Bundesarbeiterkonferenz am frühen Nachmittag des 31. Mai 1985 auf ihren Plätzen am Tagungsort in Duisburg-Rheinhausen eingefunden, als für alle deutlich vernehmbar eine Sirene ertönte. Auf jeder anderen Veranstaltung des DGB wäre dies sicher ein Grund zur Besorgnis gewesen und hätte womöglich zum Abbruch der Versammlung geführt. Doch dass es keine normale Veranstaltung werden würde, zeigte den Teilnehmenden schon ein Blick auf die Bühne. Die Wand hinter den dort versammelten führenden Gewerkschaftsfunktionären war von einer riesigen Schalttafel bedeckt. Sie gehörte zu einem in der Zeche Auguste-Viktoria im gut 50 Kilometer entfernten Marl-Hüls eingesetzten „Klartextübertrager“, der die Bergleute über Störungen im Betriebsablauf informierte. Mit diesem System war die am Tagungsort aufgebaute Schalttafel über eine Standleitung verbunden, sodass alle Anwesenden live mitverfolgen konnten, wenn es unter Tage zu Störungen kam⁵⁶. An dieser Episode lässt sich der Charakter der Konferenzen bereits gut ablesen. Im Mittelpunkt standen Demonstrationsobjekte aus dem betrieblichen Alltag der Lohnempfänger, die eine „Konferenz zum Anfassen“⁵⁷ ermöglichen sollten. Dass die Konferenzteilnehmer an einer „Riechbar krebserzeugender Stoffe“ die Nase rümpfen oder sich ihre Ohren an einer „Lärmmaschine“ beschallen lassen konnten⁵⁸, „lockert[e] diese statische Form etwas auf und macht[e] u. a. durch mehr

56 DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), *Zukunft der Arbeit – Zukunft der Arbeiter?* Bundesarbeiterkonferenz '85 des DGB in Duisburg-Rheinhausen 31. Mai und 1. Juni 1985. Protokoll, Düsseldorf o. J., S. 13, 77–85.

57 Tischvorlage für die Bundesarbeiterrats-Sitzung am 19. Februar 1981, S. 2, in: AdsD 5/DGAA000120.

58 Karl-Heinz Vorbrücken, Notiz über das Vorbereitungsgespräch Bundesarbeiterkonferenz 1981 in Osnabrück bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, 28. April 1981, S. 2, in: AdsD 5/DGAA000156.

Aktion die Sache für alle interessanter.“⁵⁹ Doch hinter dieser Konzeption stand tatsächlich mehr, als den Teilnehmenden abwechslungsreiche Stunden zu bereiten.

Eine neue Rolle für die Arbeiter

Zunächst einmal ist bemerkenswert, dass die Besonderheit der ‚Arbeiter‘ durch Objekte konstituiert wurde, ohne dass dies die anwesenden Arbeiterinnen und Arbeiter objektiverte. Im Gegenteil, sie erfuhren dadurch eine epistemische Aufwertung. Denn wenn die Prämisse der Konferenz lautete, dass die „Gefahren und Belastungen der Arbeiter am Arbeitsplatz [...] möglichst für alle Teilnehmer erlebbar dargestellt werden“⁶⁰ müsse, wurde damit die sprachliche Uneinholbarkeit des Arbeiterseins postuliert. Dies wiederum lag nun nicht an den von Basil Bernstein und anderen konstatierten sprachlichen Defiziten der Arbeiter, auch wenn der niedersächsische Kultusminister Werner Remmers diesen Topos gleich zu Beginn der Tagung 1981 noch einmal thematisierte⁶¹. Nein, es bedeutete, dass der ‚Arbeiter‘ für die Sprache selbst eine Grenze markierte. Sie folgte aus der Hybridität des ‚Arbeiters‘ als Mensch-Maschinen-Wesen. Prägnant brachte dies wiederum Horst Roggenbuck zum Ausdruck:

Es ist immer schiefgegangen in den Republiken, wenn **andere** die Arbeiterpolitik gemacht haben, andere, die – ich will das ganz vorsichtig formulieren – habe ich manchmal den Eindruck, im Besitz der absoluten Wahrheit sind. [...] Vielleicht sollten wir dies so formulieren, daß wir denen mal einen Hammer in die Hand drücken und daß sie dann vielleicht eine andere Vorstellung von den Zwängen haben, die die Arbeiter in unserer Gesellschaft haben.⁶²

Konsequenterweise legten die Veranstalter der Konferenz Wert auf eine stärkere Einbindung der Arbeiterinnen und Arbeiter. So widmeten sie den Nachmittag des ersten Tages der Arbeit in unterschiedlichen „Demonstrationsbereichen“. In ihnen sollte der Betriebsalltag über thematisch passende Objekte oder, wo dies nicht ging, über Filme und Dias gleichsam in die Konferenz hereingeholt werden⁶³. Auf einer solchen Bühne konnten sich die anwesenden Lohnempfänger, wie es Michael Schumann 1974 gefordert hatte, als Experten des Produktionsprozesses zuhause fühlen, während gewöhnliche, sozusagen schrift- und papierbasierte Konferenzen ungleich stärker mit dem Büroalltag von Angestellten korrespondierten. Die Mo-

59 Planung der Bundesarbeiter-Konferenz Stand: September 1980, S. 1, in: AdsD 5/DGAA000156.

60 Entwurf Bericht über die Bundesarbeiter-Konferenz in Osnabrück, o. D., S. 1, in: AdsD 5/DGAA000156.

61 Vgl. DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Arbeit darf nicht kaputtmachen. Bundesarbeiterkonferenz '81 des DGB in Osnabrück 3. und 4. Juli 1981. Protokoll, Frankfurt a. M. o. J., S. 17f.

62 Ibid., S. 47 (H. i. O.).

63 Vgl. Tischvorlage für BAA, 19. Februar 1981, S. 2.

deratoren der Demonstrationsbereiche wurden zudem angehalten, die Arbeiter bestmöglich in die Diskussionen einzubeziehen. Der ideale Ablaufplan für die Konferenz 1981 sah zunächst eine 20-minütige Einführung durch einen wissenschaftlichen Referenten vor, wobei die Experten bei ihrem Vortrag auf die Demonstrationsmittel eingehen mussten. Sodann folgte der wichtigste Abschnitt: „Der Moderator fängt das Thema ab und bezieht die Zuhörer sofort in den Diskussionsprozeß (30 Min.) mit ein. Dazu werden auf Zuruf Karten mit Stichworten beschrieben und an die Wand gehangen, um den Diskussionsprozeß zu steuern.“⁶⁴ Später machten die Planer der Konferenz den Moderatoren noch einmal deutlich, warum sie sich an die Vorgaben zu halten hatten:

- weil Teilnehmer mehr als sonst einbezogen werden sollen,
- weil das Wissen der Teilnehmer wichtig ist,
- weil aus dem Wissen und der Eingabe der Antworten den Teilnehmern noch nicht bekannte Punkte in die Resolution eingebaut werden sollen,
- hierbei soll die betriebliche Erfahrung eine große Rolle spielen.⁶⁵

Um dies zu gewährleisten, erhielten die Moderatoren an gleicher Stelle die Anweisung, „Funktionärsmeinungen ab[zu]wenden oder [zu] übergehen“. Überdies sollten „[w]ährend der gesamten Tagung [...] Kommunikationsecken [sic!] geschaffen werden, in denen gefachsimpelt werden kann.“⁶⁶ Die Arbeit in den Demonstrationsbereichen hatte 1981 einen doppelten Zweck. Einerseits ging es um den persönlichen Erfahrungsaustausch zwischen den Delegierten, Funktionären sowie den anwesenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Andererseits aber wurde damit eine für den zweiten Konferenztag angesetzte Expertenbefragung vorbereitet. Die Teilnehmenden der Demonstrationsbereiche konnten über ein Punktesystem die für sie fünf wichtigsten Fragen markieren, die dann die Moderatoren an ihrer statt vortrugen. Auf dem Podium saßen 1981 Georg Kliesch vom Bundesarbeitsministerium, Friedrich Vaupel von der niedersächsischen Gewerbeaufsicht, der Arbeitsmediziner Alfred Manz, Peter Schuh vom RKW sowie Gisela Kiesau vom Bundeszentrum Humanisierung des Arbeitslebens bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, kurz BAU, aber nicht nur, um fundierte Antworten zu geben. Sie fungierten als „Adressaten gewerkschaftlicher Forderungen“⁶⁷.

⁶⁴ Notiz über das Gespräch am 23.4.1981 in der Postschule Gladenbach, S. 1f., in: AdsD 5/DGAA000156.

⁶⁵ Was müssen die Moderatoren beachten?, S. 1, in: AdsD 5/DGAA000120.

⁶⁶ Planung BArbK, Stand: September 1980, S. 2.

⁶⁷ DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 75.

Dieser Abschluss war in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Zum einen führte es ein Element direkter Interessenartikulation der Arbeiter ein. Ihre Fragen erreichten die Adressaten noch vor Ort, und dies entsprach durchaus den Wünschen einiger Delegierter. Denn dass der niedersächsische Kultusminister Remmers die Bundesarbeiterkonferenz 1981 schon kurz nach seiner Rede wieder verlassen hatte, registrierten die Anwesenden sehr aufmerksam. So mahnte Willi Roßburg von der ÖTV: „Und ich bedauere ja, daß hier die Prominentensitze jetzt leerer sind. Sie sollten doch eigentlich und haben doch den Auftrag, zuhören [sic!], was wir ihnen als Arbeiter zu sagen haben!“⁶⁸ Zum andern aber führte die Regelung, dass die Moderatoren der Demonstrationsbereiche als Fragesteller auftraten, doch wieder ein repräsentatives Element ein, das das Singularisierungsprinzip unnötigerweise unterlief. So nutzte einer der Moderatoren, Gerd Albracht von der Chemiegewerkschaft, die Möglichkeit geschickt aus, um sich selbst als Experte zu präsentieren und die Experten auf dem Podium in eine Diskussion zu verstricken⁶⁹. Hier blieb den anwesenden Arbeiterinnen und Arbeitern nur das Mittel der im Protokoll nicht näher erläuterten „Proteste aus dem Plenum“, wie auch die Frage am Ende, ob die Fragesteller insgesamt ihren Auftrag gut erledigt hätten, in Form von Akklamation bestätigt wurde⁷⁰.

Der Berichterstatter des DGB-Organs „Welt der Arbeit“ war ebenfalls nicht ganz zufrieden mit der Abschlussdiskussion, wenn auch aus einem anderen Grund. Er merkte an: „Präzise wurde gefragt und kurz geantwortet. Diese Disziplin kann dann langweilig werden, wenn nur gefragt, nicht aber diskutiert werden darf. Das sollten die Veranstalter künftig ins Kalkül ziehen.“⁷¹ Und die Veranstalter zogen es ins Kalkül. 1985 stimmte Irmgard Blättel, die seit 1980 die Arbeiterpolitik des DGB als Nachfolgerin von Martin Heiß leitete, die Delegierten am Abend des ersten Tages auf einen neu gestalteten Programmpunkt ein: „Morgen früh um 9.00 Uhr machen wir weiter hier im Plenum mit einer Plenumsdiskussion, nicht Podiumsdiskussion, sondern wir diskutieren untereinander hier alle!“⁷² Ganz neu als Tagesordnungs-

68 Ibid., S. 52. Ähnlich hatte sich sein Kollege von der IG BE, Karl Brings, geäußert: „Zunächst mal hätte ich gerne ein Wort an den Herrn Minister gesagt, aber ich sehe, er hat den Raum schon verlassen.“ Ibid., S. 48.

69 Vgl. ibid., S. 89–102.

70 Vgl. ibid., S. 97, 117.

71 Dieter Schmidt, Eine Konferenz, auf der es stank, in: Welt der Arbeit Nr. 27, 9. Juli 1981, zitiert nach: o. V., Bericht über die Bundesarbeiterkonferenz '81 in Osnabrück. Vorgelegt dem DGB-Bundesvorstand, o. O. o. J., Anlage 9.

72 DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 158.

punkt kamen überdies zwei „Erfahrungsberichte aus dem betrieblichen Alltag“ hinzu⁷³.

Verglichen mit der Konferenz 1977 hatten die Lohnempfänger nun auch jenseits der Aussprache zum Geschäftsbericht viele Möglichkeiten, sich einzubringen und für sich selbst zu sprechen. Das neue Format erlaubte darüber hinaus, ein differenzierteres Arbeiterbild zu präsentieren, ja in gewisser Weise erforderte es ein solches Bild geradezu. Dies zeigte sich ein gutes Jahr vor der Konferenz 1985, als sich der Arbeitsausschuss des Bundesarbeiterausschusses zu einer kritischen Revision der bisherigen Planungen veranlasst sah:

Die angestrebten Demonstrationsbeispiele beziehen sich nach dem jetzigen Beratungsstand fast ausschließlich auf den Bereich der Industrie und der stationären Betriebe. Ergänzt werden müsste dies noch um den Bereich der klein- und mittelständischen Wirtschaft sowie nicht stationär arbeitenden Betriebe, wie z. B. der Bauwirtschaft und zwar sowohl Bauhandwerk als Bauindustrie.⁷⁴

Das neue Format erwies sich auf diese Weise als kompatibel zur Problemtabelle Arbeiter. Irmgard Blättel nutzte diese Gelegenheit, um den Ansatz einer differenzierenden, problemorientierten Arbeiterpolitik gleich in ihrem Eröffnungsreferat 1981 fortzuschreiben:

Selbstverständlich bin ich mir auch darüber im klaren [...], daß es sich auch bei den Arbeitern nicht um eine homogene, also völlig nach Lebenslage gleiche Gruppe handelt. Es ist in mancher Hinsicht ein Unterschied, ob Arbeiter im Großbetrieb oder im Handwerksbetrieb mit fünf oder drei Beschäftigten arbeiten. Ob sie auf einem Dorf oder am Stadtrand oder in einer Innenstadt leben und arbeiten. Worauf es hier ankommt [...], ist das Aufzeigen und Betrachten genereller Problemfelder aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Und dem letzten füge ich bei, daß Arbeiterinnen – deutsche und ausländische Kolleginnen – ebenfalls wieder ihre besonderen Probleme haben, wie sie ja die jungen, die behinderten und die älteren Arbeiter auch haben.⁷⁵

Wie gezeigt, eröffnete die Problemtabelle die Möglichkeit, ‚Arbeiter‘ zu singularisieren. Und die Arbeiterpolitiker erkannten auch recht frühzeitig, dass das neue Format geeignet war, die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit zu generieren. So stellte die Abteilung Arbeiter – mit einer etwas eigenwilligen Zeichensetzung – im Mai 1981 fest: „Wir wollen versuchen die Fernseh- und Rundfunkjournalisten, durch

73 Ibid., S. 183–188. Der Mehrwert dieser Beiträge hielt sich jedoch in Grenzen.

74 Albert Keil, Protokoll über die Sitzung des Arbeitsausschusses des Bundesarbeiterausschusses am 31. August 1984, S. 3, in: AdSD 5/DGAA000122. Später mahnte Gerd Ferdinand noch an, das „Problem der Frauenarbeitsplätze“ zu berücksichtigen. Protokoll über die Sitzung des Arbeitsausschusses des Bundesarbeiterausschusses am 17. Oktober 1984, S. 4, in: AdSD 5/DGAA000122.

75 DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 27.

die Darstellung des Ablaufes besonders zu interessieren und versprechen uns davon eine entsprechende Resonanz.“⁷⁶ Wenn Blättel am Ende der Veranstaltung 1981 feststellte, „daß wir dieser Konferenz einen eigenen Charakter gegeben haben“⁷⁷, so hatte sie damit gewiss Recht. Es war ein zukunftsweisendes und innovatives Konzept, und die Arbeiterpolitik konnte in diesem Bereich durchaus eine Vorreiterposition für sich beanspruchen. Später griff etwa die IG Metall ähnliche Ansätze auf, was selbst der sonst notorisch gewerkschaftskritische Robert Lorenz lobend anerkannte⁷⁸.

Ein arbeiterspezifisches Format?

Wie bei den Arbeiterfilmen hatten die Gewerkschaftsfunktionäre ein ganz eigenes, anscheinend arbeiterspezifisches Format entwickelt. Wie bei den Arbeiterfilmen findet sich jedoch auch bei diesem Konferenzkonzept ein historischer Vorläufer aus dem militärischen Bereich. Während des Ersten Weltkriegs wurden in der Umgebung Berlins beispielsweise „Schaugraben“ angelegt, die den Zivilisten „ein authentisches Nachempfinden“ des Krieges ermöglichen sollten. Auch damals hatten sich die Veranstalter mit dem Gedanken getragen, „für die Ausstellungen auch akustische Elemente anzuregen, da zumal das Dröhnen der Waffen jeden Besucher tief beeindrucken müsse [...]“.⁷⁹ Dies unterstreicht, welchen Irritationseffekt die Demonstrationsbereiche der Bundesarbeiterkonferenz bei jenen Teilnehmenden, die selbst nicht der Arbeiterschaft angehörten, hervorrufen konnten oder sollten. Dieser historische Vorläufer dürfte den Machern der Arbeiterkonferenz jedoch kaum bewusst gewesen sein. Sie hatten andere Vorbilder vor Augen, die aber ebenso interessant sind. Schon im Juni 1976 hatte Karl-Heinz Vorbrücken seine Kollegen auf eine solche Möglichkeit der Konferenzgestaltung aufmerksam gemacht, die sich noch dazu bereits praktisch bewährt hatte:

Der vom RKW durchgeführte Humanisierungskongreß wurde in Form eines interaktionellen Erfahrungsaustausches unter Zuhilfenahme von audiovisuellen Mitteln durchgeführt. Eine solche Kongreßform führt zu einer Fülle von Informationen. Sie ist jedoch mit großem Kostenaufwand verbunden, da sie höchstwahrscheinlich nicht ohne die Unterstützung der Firma Metaplan GmbH, Hamburg, durchzuführen ist.⁸⁰

⁷⁶ Abteilung Arbeiter-Handwerk, Notiz über das Vorbereitungsgespräch zur Bundesarbeiterkonferenz '81 am 13.5.1981 in Osnabrück, 14. Mai 1981, S. 5, in: AdsD 5/DGAA000156. Auch von dem Aufstellen von Hinweisschildern an der Autobahn versprochen sie sich einen „zusätzliche[n] Werbeeffekt“. Ibid., S. 4.

⁷⁷ DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 124.

⁷⁸ Vgl. Lorenz, Gewerkschaftsdämmerung, S. 215.

⁷⁹ Leonhard, Büchse der Pandora, S. 606.

⁸⁰ Vorbrücken, Entwurfsvorlage II, S. 2.

Bei der Firma Metaplan handelte es sich nun um eine Unternehmensberatung, die Eberhard Schnelle 1972 zusammen mit seinem Bruder gegründet hatte. Die neue Moderationsmethode war beispielsweise bei einer Managertagung von Siemens Anfang 1973 zum Einsatz gekommen, und die Teilnehmenden zeigten sich sehr zufrieden mit dem Ergebnis. Bernhard Plettner, der Vorstandsvorsitzende von Siemens, gab seinen Managern jedoch die Mahnung mit auf den Weg, dass sich der Erfolg der Veranstaltung erst noch in der Praxis erweisen müsse. Dies sei dann der Fall, wenn die Manager die neuen Ideen und das neu erworbene Problembewusstsein in ihrem künftigen Handeln auch tatsächlich berücksichtigten⁸¹.

Diese Wurzeln des Konferenzkonzepts waren nun nicht per se problematisch, doch verweisen sie auf neuralgische Punkte. Siemens hatte die Methode eingesetzt, um einen *top-down*-Prozess zu initiieren. Die anwesenden Manager verfügten qua Amt über ausreichenden Einfluss, um Veränderungen zu bewirken. Auch der RKW-Kongress 1974 war hochrangig besetzt. Von der Bundesarbeiterkonferenz konnte man das nicht behaupten. Dies wirft die Frage auf: Konnte es sich die gewerkschaftliche Arbeiterpolitik überhaupt leisten, ein Konzept anzuwenden, dessen Wirkung vorrangig auf der personellen und informellen Ebene ansetzte? Die Rückmeldungen der beteiligten Gewerkschaften, die im Oktober 1981 auf der Sitzung des Bundesarbeiterrausschusses gesammelt wurden, gaben keinen Anlass zur Besorgnis, im Gegenteil. Dieter Wiarek, der Vertreter des gastgebenden DGB-Landesbezirks Niedersachsen, lobte ähnlich wie seinerzeit die Siemens-Manager: „Man hatte ständig das Gefühl, etwas Kreatives zu tun.“ Sein Kollege Felix Zimmermann von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff berichtete von einer unerwartet großen Resonanz:

Ausstrahlung und Erfolg der Bundesarbeiterkonferenz haben der Gewerkschaft Holz und Kunststoff bis zur Basis hin geholfen. Die Referenten berufen sich bei Bildungsveranstaltungen auch jetzt noch ständig auf die Ergebnisse und Diskussionen der Bundesarbeiterkonferenz. Dies gilt sowohl bei Veranstaltungen in Betrieben wie auch bei gewerkschaftlichen Schulungsmaßnahmen.⁸²

Und doch ist Skepsis angezeigt. Schon 1976 hatte Dieter Trautmann die zentrale Schwachstelle des Formats erkannt. Sie lag darin, „daß eine Durchführung der Konferenz nach der Methode von ‚Metaplan‘ die Konferenzatmosphäre verhindert, sowie die Möglichkeit zur Antragstellung etc. nimmt.“⁸³ Tatsächlich fiel die Bilanz der Bundesarbeiterkonferenzen mit Blick auf die erarbeiteten Anträge sehr dürrig

⁸¹ Vgl. Rosenberger, Experten, S. 400–402.

⁸² Niederschrift BAA, 29. Oktober 1981, S. 5.

⁸³ Vorbrücken, Gedächtnisprotokoll, 15. Februar 1977, S. 2.

aus. 1981 stimmte die Konferenz über eine Entschließung zur Leiharbeit, einen Initiativantrag zum Wegfall der unteren Sozialversicherungsfreigrenze, einen Antrag zu einer Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige sowie über die Diskussionsergebnisse aus den Demonstrationsbereichen ab. Zu all diesen Vorlagen gab es nur eine Wortmeldung. Erwin Kastleiner von der IG Bau-Steine-Erden begründete den von ihm eingebrachten Antrag zur Leiharbeit. Ansonsten: Kein Diskussionsbedarf, einstimmige Annahme aller Anträge, Entschließungen und Diskussionsergebnisse. Nach der Konferenz stellte der Bundesarbeiterausschuss hinsichtlich der Anträge zur Leiharbeit, zur unteren Sozialversicherungsfreigrenze sowie zur Arbeitsmarktabgabe lapidar fest: „Bereits Inhalt geltender Beschlüsse“⁸⁴.

Geht man von den greifbaren und belastbaren, das heißt schriftlich festgehaltenen und mit Mehrheitsvotum beschlossenen Ergebnissen aus, zeigte sich die negative Seite der Singularisierung der ‚Arbeiter‘ wie auch des Konzepts der autonomen Arbeiterpolitik. Die Anschlussfähigkeit an die allgemeine Gewerkschaftspolitik war nicht unmittelbar gegeben. Dies umso weniger, als auch die Diskussionsergebnisse als der eigentliche Mehrwert der Arbeiterkonferenzen mehrere Mankos aufwiesen. Das erste betraf die Legitimität der Ergebnisse, wie den Mitgliedern des Bundesarbeiterausschusses erst am Vorabend der Konferenz klar wurde. Die Moderatoren der Demonstrationsbereiche waren schlicht damit überfordert, die Diskussionsergebnisse über Nacht zu Entschließungsentwürfen auszuarbeiten⁸⁵. „Deshalb werden sie als Diskussionsergebnisse der Konferenz vorgelegt, die sie dann an den Bundesarbeiterausschuß weitergibt mit dem Auftrag, in der Sache tätig zu werden.“⁸⁶ Selbst wenn es auf einen rein formalen Einwand hinausläuft, ist doch als zweites Manko festzuhalten, dass damit eine Form der Repräsentation oder, vielleicht passender ausgedrückt, der Übersetzung Einzug hielt, die mit dem eigentlichen Ansatz der Konferenz, die Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter unmittelbar zur Geltung zu bringen, konfligierte. Eine gewisse Brisanz gewann dieser Einwand zudem durch das Verhalten der führenden Arbeiterpolitiker. So war der Arbeitsausschuss des Bundesarbeiterausschusses vor der Konferenz 1985 zur Einsicht gelangt, dass aufgrund des Formats „Anträge nicht unbedingt erforderlich sind.“ Zudem betonte er: „Das Recht, Anträge an den Kongreß zu stellen, liegt nicht bei der Konferenz, sondern entsprechend der Satzung beim Ausschuß der Personengruppe.“⁸⁷

84 Abteilung Arbeiter-Handwerk, Unterlage zur Sitzung. Bundesarbeiter-Ausschuß-Sitzung 29.10. 1981, in: AdsD 5/DGAA000120.

85 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 22.

86 Niederschrift über die Sitzung des DGB-Bundesarbeiterausschusses am 2. Juli 1981 in der Stadthalle Osnabrück, S. 2, in: AdsD 5/DGAA000120.

87 Keil, Protokoll BAA-AA, 31. August 1984, S. 4.

Lothar Selzner, der als Nachfolger von Karl-Heinz Vorbrücken in das Arbeiterreferat nachgerückt war, leitete daraus die Forderung an die Gewerkschaftsfunktionäre ab: „Reduzierung des für Anträge vorgesehenen Raumes, hierbei Appell zur Einflußnahme auf Antragsberechtigte, um kein Antragsunwesen aufkommen zu lassen.“⁸⁸ Im Zusammenhang mit den Bundesarbeiterkonferenzen von „Antragsunwesen“ zu sprechen, war eine sehr gewagte Wortwahl. Sie ist aber insofern interessant, als sie implizit auf die Tatsache verwies, dass eine konsequent umgesetzte Singularisierung der ‚Arbeiter‘ letztlich auch die Position der führenden Arbeiterpolitiker erschüttern musste. Denn auch sie waren schließlich nur Repräsentanten der Arbeiter, hatten aber eben nicht selbst den Arbeiterstatus inne. Ironischerweise war die Sorge um das „Antragsunwesen“ völlig unbegründet, denn die antragsberechtigten Delegierten zeigten selbst kaum Interesse, sich dieses Instruments zu bedienen⁸⁹. Nimmt man die von Wiarek und Zimmermann geschilderten Reaktionen ernst, waren die anwesenden Arbeiterinnen und Arbeiter mit den Konferenzen als einem Forum des unmittelbaren, persönlichen Meinungsaustausches zufrieden, weil sie die gewonnenen Erkenntnisse gleich in ihrer täglichen Arbeit nutzen konnten. Ganz in diesem Sinne hatten die Planer der Konferenz schon im September 1980 festgehalten: „Es ist anzunehmen, daß in den Demonstrationsbereichen die Ziele der Beratung auf ‚handfeste‘ Verbesserungsvorschläge zurückgeführt werden muß [sic!].“⁹⁰ Das zugrunde liegende Problem machte der Historiker Martin Sabrow am Beispiel des „Zeitzeugen“ deutlich, der nicht zufällig zu eben jener Zeit, als die Bundesarbeiterkonferenzen auf die Expertise der Arbeiterschaft setzten, als Akteur die Bühne der Erinnerungskultur betrat. Sabrow umriss den Zusammenhang wie folgt:

Der Zeitzeuge im engeren Sinne [...] beglaubigt nicht so sehr außerhalb seiner selbst liegende Geschehnisse [...]; er konstituiert vielmehr durch seine Erzählung eine eigene Geschehenswelt. Er bestätigt weniger durch sein Wissen eine Einzelheit [...]; er autorisiert eine bestimmte Sicht gleichsam von innen als Träger von Erfahrung und nicht von außen als deutender Beobachter.⁹¹

⁸⁸ Irmgard Blättel an die Mitglieder des Bundesarbeitsausschusses des DGB, Mitglieder des DGB-BV z. K., 10. September 1984, Anlage: Lothar Selzner (zuständig), Unterlage zur Sitzung Bundesarbeitsausschuß am 11.12.1984, S. 3, in: AdSD 5/DGAA000122.

⁸⁹ Dies war bereits im Vorfeld der Bundesarbeiterkonferenz 1981 absehbar. Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses des DGB-Bundesarbeitsausschusses am 6. Februar 1981, S. 2, in: AdSD 5/DGAA000120. Die mangelnde Antragsfreude lag sicherlich auch im lückenhaften organisatorischen Unterbau der Arbeiterpolitik begründet.

⁹⁰ Planung BARbK, Stand: September 1980, S. 3.

⁹¹ Vgl. Martin Sabrow, Heroismus und Viktimismus. Überlegungen zum deutschen Opferdiskurs in historischer Perspektive, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 15–43/44 (2008), S. 7–20, hier S. 12–14 (Zitat auf S. 13).

Anders ausgedrückt: Wenn man Demonstrationsobjekte als Träger einer spezifischen Episteme einsetzte, die durch die anwesenden Arbeiter aktiviert und entfaltet werden sollte, konnte man kaum abstrahierende Ergebnisse von den Arbeitern erwarten.

Eine Kundgebung für Vetter

Wenn sich nun aber der formelle Weg als schwierig erwies, um die Arbeiterinteressen unmittelbar in die allgemeine Gewerkschaftspolitik zu übersetzen, bot dann der informelle Weg einen adäquaten Ersatz? Auch hier sind Zweifel angezeigt. Immerhin konnte der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, anders als 1977, vier Jahre später an der Bundesarbeiterkonferenz teilnehmen. Mit seinem Auftritt aber veränderte sich das Format der Konferenz grundlegend. Sie sollte nun einen „Kundgebungscharakter“ erhalten, und dazu reisten mehrere hundert Gewerkschaftsmitglieder aus der Umgebung Osnabrücks an. Damit waren die Rollen klar verteilt: Vetter war der Redner, die anwesenden Arbeiterinnen und Arbeiter die Zuhörenden. Als Experten des Produktionsprozesses waren sie nun nicht mehr gefragt, und sie kamen auch nicht mehr zu Wort. Immerhin konnte Dieter Wiarek auch zu diesem Event von positiven Reaktionen berichten. Es sei für die Anwesenden „ein großes Erlebnis“ gewesen und habe „bis in die Ortskartelle des DGB hinein auch die Bildungsarbeit im Winterhalbjahr 1981/82 befruchtet.“⁹² Womöglich war dieses Ergebnis aber nur ein glücklicher Nebeneffekt. Denn die Kundgebung konnte auch den Zweck verfolgen, Vetter die Notwendigkeit und Legitimität der Arbeiterpolitik deutlich vor Augen zu führen. Schließlich ließ sich die Teilnahme zahlreicher einfacher Gewerkschaftsmitglieder als Indiz für den Wunsch der Basis nach der weiteren Schaffung von Arbeiterausschüssen auch auf Landesbezirks- und Kreisebene deuten. Zumindest aber hatten sich die Arbeiterfunktionäre mit der etwa 1050 Teilnehmende umfassenden Abschlusskundgebung auf geschickte Weise über die für die Bundesarbeiterkonferenz geltende Begrenzung der Delegiertenzahl, der die anderen Personengruppenveranstaltungen ja nicht unterworfen waren, hinweggesetzt. Zupass kam den Arbeiterpolitikern dabei ausgerechnet die Verlegung des zweiten Konferenztages auf einen Samstag. Der DGB hatte diese zwar offiziell mit notwendigen Sparmaßnahmen begründet, von einigen Mitgliedern des Bundesarbeiterausschusses war sie aber dennoch als ein weiterer Affront gegenüber der Arbeiterpolitik verstanden worden⁹³.

⁹² Niederschrift BAA, 29. Oktober 1981, S. 5.

⁹³ Niederschrift über die Sitzung des DGB-Bundesarbeiterausschusses in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung am 22. Oktober 1980, S. 2, in: AdSD 5/DGAA000166.

Trotz dieser Kritik überwiegen in der Gesamtschau die positiven Aspekte. Hatte 1977 noch die integrierte Arbeitnehmerpolitik den Charakter der Konferenz geprägt, dominierten 1981 und 1985 klar die Singularisierungsaspekte. Dadurch, dass sich die gewonnenen Ergebnisse nicht unmittelbar in die allgemeine Gewerkschaftspolitik einspeisen ließen, gewann die Konferenz selbst einen singulären Charakter, wodurch sie zunächst auf informellem und personellem Weg ihre Wirkung entfaltete. Interessanterweise wies auch die Satzung des DGB den Personengruppenkonferenzen in gewisser Weise einen singulären Platz zu. Denn die Mitglieder des Bundesarbeiterausschusses hatten ja durchaus Recht mit ihrem Einwand, dass die Bundesarbeiterkonferenz kein Antragsrecht beim DGB-Bundeskongress besaß. Die Willensbildung der Personengruppe Arbeiter musste notwendigerweise über den Bundesarbeiterausschuss laufen. Und da die Satzung die Mitgliedschaft der Arbeiterausschussvorsitzenden der jeweils untergeordneten Ebene im Arbeiterausschuss der jeweils übergeordneten Ebene vorsah, war eine demokratische Willensbildung über diesen Instanzenzug formal gesichert. Allerdings war dieser Unterbau im Fall der Personengruppe Arbeiter äußerst lückenhaft.

8.2.2 „Arbeit darf nicht kaputtmachen“ – Singularisierung durch Pathologisierung

Auch wenn eine Singularisierung über das Format eine gute Rahmenbedingung darstellte, hing der Erfolg einer Singularisierung der ‚Arbeiter‘ letztlich vom Inhalt ab. Dass eine inhaltliche Singularisierung aber nicht ganz einfach sein würde, hatte bereits die Arbeit an der Problemtabelle Arbeiter gezeigt. Damals war es Karl-Heinz Vorbrücken nicht gelungen, ‚Arbeiter‘ zu definieren. Singularisierungsversuche hatten gegenüber dem Format der Problemtabelle jedoch einen entscheidenden Vorteil: Sie mussten nicht *alle* Probleme der Arbeiterschaft auf einen Punkt bringen, sondern konnten sich damit begnügen, *ein* relevantes Problem herauszugreifen. Und es sprach nichts dagegen, bei nächster Gelegenheit einfach das nächste relevante Problem der Singularisierung der ‚Arbeiter‘ zugrunde zu legen. Wie zu zeigen sein wird, gingen die Arbeiterpolitikerinnen und -politiker genauso vor. Vor allem 1981 gelang auf diese Weise eine idealtypische Singularisierung der ‚Arbeiter‘, während dasselbe Unterfangen vier Jahre später an seine Grenzen stieß.

‚Arbeiter‘ und Gesundheit

„Arbeit darf nicht kaputtmachen“. Das war das so einfache wie eingängige Motto der Bundesarbeiterkonferenz 1981. Dabei war Gesundheit als Thema für eine Bundesarbeiterkonferenz nicht neu, denn schon 1977 spielte sie als ein Teilaspekt

eine Rolle. In der damaligen Pressemitteilung hörte es sich so an: „[A]lle den Arbeiter beanspruchende [sic!] Belastungen [müssen] auf ein mittleres Maß gebracht werden, um die schon genannte Überbeanspruchung zu vermeiden.“⁹⁴ Auch 1981 ging die Abteilung Arbeiter-Handwerk mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit, um auf die Konferenz aufmerksam zu machen. Nun hieß es gleich zu Beginn:

Unterprivilegierte soziale Herkunft, geringere Bildung und weniger Ausbildung, niedrigeres Einkommen und höheres Beschäftigungsrisiko, schlechtere Gesundheit und früherer Tod: zu dieser Lebensformel verdichten sich die Benachteiligungen, denen Arbeiter in der Bundesrepublik bis heute ausgesetzt sind. [...] Daß es immer noch besonders die Arbeiter sind, die am Arbeitsplatz Gesundheit und Leben einsetzen, werde aus der Unfallstatistik und den Sozialberichten der Bundesregierung überdeutlich.⁹⁵

Der technokratische, formelhafte Tonfall des Jahres 1977 (und, nebenbei bemerkt, der Kollektivsingular) war einer lebendigen, im Stakkato vorgetragenen, eindringlichen Schilderung des Schicksals der Arbeiter gewichen. Selbst die Bezugnahme auf eine amtliche Statistik wurde in eingängige, dramatisierende Worte gekleidet⁹⁶. Schon an diesen beiden Dokumenten wird deutlich, wie sehr sich der Politikstil im Arbeiterreferat des DGB unter der Leitung von Irmgard Blättel gewandelt hatte. Auch inhaltlich konnten die Weichen nun neu gestellt werden. Als sich der Bundesarbeitsausschuss im November 1979 erstmals mit der Planung der Arbeiterkonferenz beschäftigt hatte, einigte er sich schnell darauf, die Veranstaltung unter das Motto „Rationalisierung im Bereich der Arbeiter“ zu stellen⁹⁷. Im März 1980 legte das Gremium bereits die Themen für die vier geplanten Arbeitskreise fest, und auch hier zeichnete sich ein eher technokratisches Programm ab. Diskutiert werden sollten die Punkte „Rationalisierung, sozialer Wandel und Bildung“, „Rationalisierung und Beschäftigungsprobleme“, „Rationalisierung und Datenschutz“, aber immerhin auch: „Rationalisierung und Gesundheit“⁹⁸. Die kurz nach Blättels Amtsantritt vollzogene Revision dieser Themenstellung wurde durch die Hinzuziehung des Bundeszentrums Humanisierung der Arbeit begünstigt, denn erst mit dessen

⁹⁴ Bundesarbeiterkonferenz vom 24./25.11.1977, Pressekonferenz am 25.11.1977, S. 2a.

⁹⁵ Blättel: Arbeiter lebenslänglich benachteiligt, Sperrfrist: 3. Juli, 10 Uhr, in: AdSD 5/DGAA000156.

⁹⁶ Eine deutlich nüchterner gehaltene Einladung verschickte der Pressereferent des DGB. Vgl. Ulrich Preussner an die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen, 9. Juni 1981, Anlage: Pressestelle, Anlage zur Einladung Bundesarbeiterkonferenz des DGB am 03. und 04. Juli 1981 in der Stadthalle Osnabrück, 9. Juni 1981, in: AdSD 5/DGAA000154.

⁹⁷ Niederschrift BAA, 15. November 1979, S. 1.

⁹⁸ Anlage zur Niederschrift der Sitzung des DGB-Bundesarbeitsausschusses vom 6. März 1980, S. 1f., in: AdSD 5/DGAA000120.

Engagement war das neue Konferenzformat technisch und finanziell überhaupt umsetzbar. Dessen Leiterin, Gisela Kiesau, nahm als Vertraute Blättels fortan die Rolle der externen Expertin ein, die unter Martin Heiß noch dem Arbeitswissenschaftler Hans Pornschlegel vorbehalten gewesen war. Die Umstellung auf das neue Konferenzformat wirkte sich wiederum thematisch aus, wie die Konferenzplaner feststellten: „Die jetzige Themenstellung wird nur schwer zu halten sein, wenn die Beratung von den möglichen Demonstrationsobjekten mit abhängig ist.“⁹⁹

Da der ursprünglich vorgesehene Themenkatalog ohnehin Überschneidungen mit der für Oktober 1980 geplanten beschäftigungspolitischen Konferenz des DGB aufgewiesen hatte¹⁰⁰, lag es nahe, ganz auf das Thema Gesundheit zu setzen. Konkret sollte über den innerbetrieblichen Transport, gefährliche Arbeitsstoffe, Lärm sowie erneut über Nacht- und Schichtarbeit diskutiert werden¹⁰¹. Dieter Fahrenholt schlug vor, sich auf der Konferenz zusätzlich „mit Fragen wie: Monotonie, statische[n] körperliche[n] Belastungen, körperliche[m], geistige[m] und seelische[m] Streß“ zu befassen¹⁰². Diese Anregung floss schließlich als ein fünfter Demonstrationsbereich zum „Entfremdungsproblem“ in die Konferenz mit ein¹⁰³. Damit aber hatte sich der Bundesarbeitsausschuss auf ein Thema geeinigt, das Vorbrücken schon 1976 als Motto für die erste Arbeiterkonferenz ins Spiel gebracht hatte: „Gesundheitsgefährdung der Arbeiter“¹⁰⁴. Nicht nur hinsichtlich des Formats, auch thematisch hätte die Bundesarbeiterkonferenz 1981 folglich bereits 1977 stattfinden können. Damals wäre der Konferenz und damit der Arbeiterpolitik mit diesem Thema zumindest im gewerkschaftlichen Bereich eine Vorreiterrolle zugekommen. Denn „[d]er Schutz der Gesundheit war immer ein Stiefkind der Arbeitskultur“¹⁰⁵, und daran hatten auch die Gewerkschaften lange Zeit nichts geändert. In der Nachkriegszeit hatten sie einen besonderen Umgang mit diesem Problem gefunden, der zwar aus heutiger Sicht zynisch anmutet, aber vor dem Hintergrund der damals herrschenden Überzeugungen und Einstellungen folgerichtig war:

Die bürokratisierte Arbeiterbewegung hatte sich qua Staub-, Gift-, Akkord- und Schichtzulagen die Gesundheit der Arbeiter/innen abkaufen lassen. [...] In der Kultur der Nachkriegsgesellschaft galten Krankheiten [...] als notwendige Kollateralschäden der Arbeitsgesellschaft. Das tradierte Männlichkeitsmuster – Härte und Risikobereitschaft – verband sich mit monetären

⁹⁹ Planung BArbK, Stand: September 1980, S. 3.

¹⁰⁰ Vgl. Karl-Heinz Vorbrücken an Dieter Trautmann, 12. Mai 1980, in: AdsD 5/DGCS000137.

¹⁰¹ Niederschrift BAA, 28. Oktober 1980, Anlage III, DGB-Bundesarbeiter-Konferenz 1981, Themen der Arbeitskreise, S. 1f., in: AdsD 5/DGAA000120.

¹⁰² Vgl. Niederschrift BAAA, 6. Februar 1981, S. 1.

¹⁰³ Tischvorlage, BAA, 19. Februar 1981, S. 3.

¹⁰⁴ Vgl. Protokoll BAA, 14. September 1976, S. 14.

¹⁰⁵ Hien, Gesundheit, S. 167.

Interessen zu einem fatalen Amalgam, das Unfall und Krankheit aller sozioökonomischer Kontexte entkleidete und ihnen den Anschein des Schicksalhaften verlieh.¹⁰⁶

Eine Neubewertung der gesundheitlichen Gefahren hatte die 68er-Bewegung maßgeblich befördert, doch hatten bereits die Arbeitskämpfe bei FIAT in Turin sowie bei Ford in Köln gezeigt, dass auch die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter selbst nicht mehr bereit waren, nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre Gesundheit zu opfern¹⁰⁷. Waren es in der Automobilindustrie die Lackierereien, in denen die körperliche Unversehrtheit der Beschäftigten aufs Spiel gesetzt wurde, entwickelten in den 1970er Jahren zunehmend auch die Beschäftigten der chemischen Industrie eine größere Sensibilität für die Gefahren am Arbeitsplatz. In Kooperation mit kritischen Ärztinnen und Ärzten entstanden zum Ende des Jahrzehnts die ersten „Gesundheitsläden“ in deutschen Städten, später trafen sie sich zu „Gesundheitstagen“. Diese Gesundheitsbewegung war dabei nicht auf Probleme in der Arbeitswelt beschränkt. Auch wenn dieses Thema laut Hien Mitte der 1980er Jahre an Bedeutung gewann, beliefen sich die arbeitsbezogenen Veranstaltungen der Gesundheitstage auch dann nur auf zehn Prozent¹⁰⁸.

Hält man sich diese Entwicklung vor Augen, scheint das Jahr 1981 geradezu der perfekte Zeitpunkt für die gesundheitszentrierte Singularisierung der ‚Arbeiter‘ gewesen zu sein. So hatte das Thema zwar schon gesellschaftliche Relevanz erlangt, war aber noch nicht ausdiskutiert. Aber konnte eine thematisch derart ausgerichtete Singularisierung der ‚Arbeiter‘ überhaupt gelingen, wenn das Thema offensichtlich auch viele andere Gruppen betraf? Hier ist ein Blick in die Stellungnahme des DGB zur Frühinvalidität aufschlussreich. Die ersten Entwürfe wurden auch an das Arbeiterreferat weitergeleitet, und was Vorbrücken dort zu lesen bekam, konnte ihn für das eigene Unterfangen durchaus optimistisch stimmen. Denn selbst aus diesem von einer anderen DGB-Abteilung erarbeiteten Papier ging klar hervor, „daß die Betroffenheit der Arbeiter etwa doppelt so groß ist wie bei den Angestellten“ und „daß Arbeiter kränker sind als andere Arbeitnehmer.“¹⁰⁹ Gleichwohl war die Hinwendung zur Gesundheitsproblematik innerhalb der Gewerkschaften keineswegs unumstritten. Als der Gesundheitsladen in Frankfurt etwa eine Initiative zum Blasenkrebs in der Chemieindustrie lancierte, stieß dies nicht nur bei dem dort ansässigen Chemiekonzern auf Widerstand, „auch die IG-Chemie-Betriebsräte

¹⁰⁶ Ibid., S. 169.

¹⁰⁷ Vgl. ders., Körper und Arbeit, S. 167 f. sowie Lange, Neue Art, S. 284–292.

¹⁰⁸ Vgl. Hien, Gesundheit, S. 175–185.

¹⁰⁹ Karl-Heinz Vorbrücken, Stellungnahme zum 3. Entwurf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bekämpfung der Frühinvalidität, S. 2, in: AdsD 5/DGAA000120.

waren sich nicht zu schade, gegen die ‚Nestbeschmutzer‘ zu polemisieren.“¹¹⁰ Noch 1990 berichtete der Spiegel darüber, mit welch harten Bandagen der Konflikt innerhalb der Belegschaft ausgetragen wurde. Oppositionelle Gruppen gewannen damals bei den Betriebsratswahlen Sitze, weil die IG CPK unter anderem Fragen über „Sicherheitsmängel in den hochexplosiven Fabriken“ tabuisierte. Interessanterweise hatte die Gewerkschaftsopposition ausgerechnet im Jahr 1981 erstmals Betriebsratsmandate errungen¹¹¹.

Die Bundesarbeiterkonferenz hatte mit dem Demonstrationsbereich „Gefährliche Arbeitsstoffe“ folglich ein ebenso drängendes wie potentiell brisantes Thema aufgegriffen. Als Moderator fungierte Gerd Albracht von der IG CPK. Dass dies möglich war, lässt erahnen, dass die Chemiegewerkschaft die am Arbeitsplatz drohenden Gesundheitsgefahren nicht völlig tabuisierte. Albracht war ein von der Gewerkschaft „extern angeworbener, politisch engagierter Diplomchemiker ohne professionellen Gewerkschaftshintergrund“, der seit 1977 die Abteilung Umweltschutz beim Hauptvorstand der IG CPK aufbaute¹¹². Zu seinem Aufgabenfeld gehörte, sich mit der „toxische[n] Wirkung von Arbeitsstoffen auch im Normalbetrieb“ der Chemiefabriken zu befassen. Dass sein Ressort in der Vorstandsverwaltung dabei der Abteilung Frauen und nicht etwa der Abteilung für Arbeitsschutz zugeordnet worden war, sagte zwar einiges über dessen Stellenwert aus, doch erwies sich diese institutionelle Entscheidung durchaus als vorteilhaft:

Denn während der Arbeitsschutz durch seinen Zuschnitt auf die berufsgenossenschaftlichen Strukturen traditionell wie institutionell in hohem Maße auf Konsensregelungen programmiert war und ist, eröffnete die umweltpolitische Auseinandersetzung die Möglichkeit, die Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz zum Gegenstand offensiver, öffentlichkeitswirksamer Polarisierung zu machen und dabei auch den Rückenwind der allgemeinen umweltpolitischen Industriekritik zu nutzen.¹¹³

Offensiv, öffentlichkeitswirksam und polarisierend trat Albracht auch bei der Bundesarbeiterkonferenz auf und stellte nicht zuletzt damit sicher, dass den gefährlichen Arbeitsstoffen die Aufmerksamkeit aller gewiss war. Sie waren *das* Thema, das die Teilnehmenden auch emotional bewegte. So fiel Albrachts ÖTV-Kollege Klaus Orth, der eigentlich als Moderator einen ganz anderen Demonstrationsbereich zu vertreten hatte, aus der Rolle, indem er auch beim Thema der gefährlichen Arbeitsstoffe intervenierte. So vermerkte das Protokoll:

¹¹⁰ Hien, *Gesundheit*, S. 184.

¹¹¹ O. V., *Alte Fehde*, in: *Der Spiegel* 44–14 (1990), S. 138–139, hier S. 138.

¹¹² Jürgen Kädtler/Hans-Hermann Hertle, *Sozialpartnerschaft und Industriepolitik. Strukturwandel im Organisationsbereich der IG Chemie-Papier-Keramik*, Opladen 1997, S. 182.

¹¹³ *Ibid.*, S. 183 f.

Ich halte das, was zu dem Thema krebserregende Arbeitsstoffe bisher hier gesagt worden ist, für bloße Kosmetik. [...] Wir wissen alle, was Krebs für eine schlimme Krankheit ist. [...] Für meine Begriffe kann es doch nur um eines gehen: ein totales Verbot von Arbeitsstoffen, die möglicherweise krebserregend sind! (Lebhafter Beifall)¹¹⁴

Orths Forderung nach einem vollständigen und letztlich auch sofortigen Verbot krebserregender Substanzen wirft erneut die Frage nach der Bedeutung des Verlaufsaspekts für die Singularisierung der ‚Arbeiter‘ auf. In ihrer Berichterstattung zur Bundesarbeiterkonferenz 1977 hatte die Eisenbahnerzeitschrift, wie oben erwähnt, auf die rhetorische Figur des „Noch immer“ gesetzt, um die Dringlichkeit einer besonderen Beachtung der Arbeiterprobleme herauszustellen. Dieser Figur bediente sich auch Irmgard Blättel in ihrer Begrüßung (so beim Hinweis, die Arbeiterschaft sei „noch immer die größte Gruppe“) wie auch in ihrem Eröffnungsreferat: „Die Unterscheidung nach Muskulararbeit und geistiger Arbeit und eine damit verbundene unterschiedliche Wertigkeit der Arbeit und – beklagenswerter Weise – damit auch des arbeitenden Menschen ist noch immer im Denken und Handeln vieler Menschen vorhanden.“¹¹⁵ Der Mechanismus, der hier aktiviert werden sollte, war folgender: Vergangene Leistungen oder in die Vergangenheit zurückreichendes Unrecht rechtfertigten spezifische Begünstigungen in der Gegenwart oder nahen Zukunft. Mit Blick auf die Gesundheit war dieser Mechanismus identitätsbildend für die Arbeiter, wie Hien treffend darlegte:

Nicht zuletzt vermischte sich proletarische Mentalität mit einer spezifischen Opferinszenierung: Nicht nur die körperliche Arbeit an sich, sondern die durch Arbeit erworbene Krankheit zeichnete den „richtigen Arbeiter“ aus. [...] Krankheit und Körperlichkeit wurden gleichsam zum letzten ruinösen Mittel, das eingesetzt werden musste, um Anerkennung und letztlich auch die „wohlverdiente“ Entlastung zu finden, die anders nicht erkämpft werden konnte.¹¹⁶

Überraschenderweise zeichnete sich auf der Bundesarbeiterkonferenz 1981 aber ein Begründungsmuster ab, dem ein ganz anderer temporaler Mechanismus zugrunde lag. Als Beispiel möge eine weitere Aussage Blättels genügen: „Ein konsequenter Arbeitsschutz ist [...] auch das wirksamste Mittel zur mittel- und langfristigen Senkung der Kosten unseres Sozialsystems, deren rasanter Anstieg den Sozialpolitikern ja erhebliche Sorgen bereitet.“¹¹⁷ Unter den Bedingungen knapper Kassen verlor die Vergangenheit an Wert. Die „wohlverdiente Entlastung“ als Belohnung für die arbeitsbedingte Ruinierung der Gesundheit erwies sich nun als

¹¹⁴ DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 101.

¹¹⁵ Ibid., S. 11, 25f.

¹¹⁶ Hien, Gesundheit, S. 193.

¹¹⁷ DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 36.

kontraproduktive Strategie. Was nun zählte, war der ‚Arbeiter‘ als potentieller Kostenfaktor, der dadurch zu einer Hypothek für die Zukunft wurde.

‚Arbeiter‘ und Identitätspolitik

Ohnehin war mit Blick auf die Singularisierung zu fragen, was der Verlaufsaspekt eigentlich nutzte, wenn er doch nur zur Beseitigung jener Faktoren dienen sollte, welche die Singularisierung überhaupt erst möglich gemacht hatten. Freilich, für den DGB und auch für die Arbeiterpolitikerinnen und -politiker konnte dies überhaupt nur der einzige Zweck einer Singularisierung sein. Die besonderen Probleme der Arbeiterschaft waren sichtbar zu machen, um sie zu beheben. Singularisierung war Mittel zum Zweck. Ganz anders sieht es aber aus, betrachtet man die Singularisierung im Rahmen der „Identitätspolitik“. Wie Philipp Sarasin zeigte, entstand dieses Konzept in den 1970er Jahren¹¹⁸, und damit zeitgleich zu den vielfältigen Aktualisierungsversuchen des ‚Arbeiters‘, die Gegenstand meiner Studie sind. Zieht man weiterhin in Betracht, dass viele der seither gebildeten Identitäten Resultat des Zerfalls des Klassenzugehörigkeitsgefühls sind, stellt sich die Frage, worin sich der ‚Arbeiter‘ von den neuen Identitäten unterscheidet. Es geht um die Frage, ob nicht auch der ‚Arbeiter‘ in einer Weise zu modellieren gewesen wäre, die dessen identitätsstiftende Wirkung erhalten hätte.

Den entscheidenden Aspekt der Identitätspolitik erkannte Sarasin in einer glaubhaften Authentizitätsbehauptung¹¹⁹. Vielleicht ist es mit Blick auf die Schwierigkeiten des Authentizitätsbegriffs besser, auf den Begriff der Essentialisierung zurückzugreifen¹²⁰. Mobilisierungsfähig und damit politisch wirksam wären demnach solche Identitäten (und Konzepte), die sich um einen nicht weiter reduzierbaren Wesenskern entwickeln lassen. Wenn mein Eindruck nicht täuscht, sind diese Wesenskern zumeist den Kategorien *race* oder *gender* zuzuordnen. In den letzten Jahren machten beispielsweise zwei besondere Fälle *race*-basierter Identität medial die Runde: Die US-Amerikanerin Jessica A. Krug hatte, ebenso wie ihre Landsfrau Rachel Dolezal, eine Identität als „Schwarze“ angenommen, „obwohl sie als Weiße geboren wurde.“¹²¹ Diese Geschichten wurden zum Skandal, weil ein solcher Identitätswechsel als unzulässig wahrgenommen wird. Ähnlich verhält es sich bei *gender*-

118 Vgl. Philipp Sarasin, 1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, Berlin 32021, S. 229–232.

119 Vgl. *ibid.*, S. 247.

120 Reckwitz sprach in diesem Zusammenhang von „Essenzialismus“. Reckwitz, Gesellschaft, S. 417, 419.

121 feb, Weiße US-Historikerin gab sich als Schwarze aus, in: Spiegel Online, 4.9.2020, <<https://www.spiegel.de/kultur/jessica-krug-weiße-professorin-aus-washington-d-c-gab-sich-als-schwarze-aus-a-233fe358-b82d-4779-94e6-818a5cac1510>> (29.08.2023).

basierten Identitäten. Sogenannte „Konversionstherapien“, mit denen vor allem christliche Fundamentalisten versuchen, homosexuelle und damit aus ihrer Sicht „sündige“ Personen auf eine heteronormative Einstellung umzupolen, sind nun verboten, weil eine homosexuelle Orientierung ebenso wenig aus einer psychischen Störung resultiert, wie sie der freien Entscheidung der Menschen entspringt, sondern weil Homosexuelle homosexuell *sind*. Beide angeführten Beispiele machen deutlich, dass diesen Identitäten die Verlaufsdimension fehlt. Es ist nicht vorgesehen, dass Weiße zu Schwarzen werden oder Homosexuelle zu Heterosexuellen. Wenn im Bereich der sexuellen Orientierung doch ein Wechsel stattfindet, so ist es nur das Bekenntnis zur eigenen, schon immer angelegten Identität – es ist mithin ein Akt der Emanzipation von tradierten, oft religiös fundierten gesellschaftlichen Normen.

Wie gezeigt, war das klassische Arbeiterbild immer auf die Überwindung des Arbeiterdaseins ausgelegt, definierte es sich doch über zahlreiche Defizite. Dieses Arbeiterkonzept konnte politische Mobilisierungskraft entfalten, weil in ihm ein Fortschrittsversprechen aufgehoben war und sich die Arbeiterschaft als Protagonistin dieses Fortschritts begreifen konnte. Dieses Fortschrittsversprechen geriet aber durch den Poststrukturalismus in eine Krise. Selbst in der Problemtabelle Arbeiter schlug sich dies nieder: Sie erfasste nur die negativen Seiten des Arbeiterlebens und schlüsselte diese Lebenswirklichkeit in zahlreiche bereichsspezifische Probleme auf. Sie lassen sich zwar je einzeln bearbeiten, aber Fortschritt ist damit nicht garantiert. Ebenso möglich ist, dass eine Problemlösung neue Probleme nach sich zieht. Doch selbst im Erfolgsfall ist nur ein Problem gelöst, viele andere sind noch vorhanden, und möglicherweise haben sich schon ganz neue hinzugesellt. Das Bild, das sich hieraus ergibt, ist nicht das des Fortschritts, sondern der Krise als Dauerzustand. Diese Diagnose lässt sich für die Zeit „nach dem Boom“ (beziehungsweise der Postmoderne) auf die gesamte Gesellschaft verallgemeinern. Denn auch der öffentliche Diskurs zeigte sich als eine andauernde Abfolge von Krisen. Es verwundert nicht, wenn stabile Identitäten an Attraktivität gewinnen, wenn sich Krisenhaftigkeit als das Wesen der Welt abzeichnet.

Die zu klärende Frage lautet daher: Ist es möglich, ‚Arbeiter‘ im Modus der Singularisierung von der Verlaufsdimension zu befreien? Die Bundesarbeiterkonferenz lieferte einige Hinweise, dass dies gerade auf der Basis einer Pathologisierung der ‚Arbeiter‘ tatsächlich möglich war. Ein Ansatzpunkt war, das relativ hohe Risiko von Arbeitsunfällen zum Ausgang einer solchen identitätsbildenden Singularisierung zu nehmen. Diesem Aspekt war der Demonstrationsbereich „Innerbetrieblicher Transport“ gewidmet. Hierbei zeigten sich jedoch zwei Schwierigkeiten: Zum einen wies die Unfallstatistik in den meisten Fällen menschliches Versagen als Unfallursache aus. Die betroffenen Arbeiter, so legte es die Statistik nahe, waren selbst für ihr Unglück verantwortlich. Es überrascht nicht, dass Horst Brinkhoff

(IG BE) eine entsprechende Forderung aus dem Demonstrationsbereich an den Vertreter der Gewerbeaufsicht stellte:

Wir waren der Ansicht, daß vielfach die Unfälle deshalb geschehen, weil die Arbeitsplätze einfach unzureichend oder falsch gestaltet sind und deshalb die Arbeitnehmer gezwungen sind, sich falsch zu verhalten, und deshalb wiederum die Unfälle entstehen. Aus diesem Grund ist die Aussage „menschliches Fehlverhalten“ falsch, es müßte heißen: „falsch gestaltete Arbeitsplätze“. Ich bitte, Ihr Augenmerk darauf zu richten!¹²²

Während sich dieses Problem durch eine Modifikation der Statistik lösen ließ, wog ein anderer Aspekt schwerer. Denn Unfälle waren, zum Zweiten, ihrer Natur nach ereignishaft. Ein Ereignis, das eintreten konnte oder nicht, und dessen Eintreten zu verhindern mit allen Mitteln betrieben werden musste¹²³, war als Grundlage einer stabilen Identität eher ungeeignet. Hier bot der Problembereich „Lärm“ schon bessere Möglichkeiten. Denn Lärm verursachten die Maschinen, mit denen die Arbeiterinnen und Arbeiter alltäglich beschäftigt waren. Zudem schädigte Lärm nicht nur das Gehör, sondern es wurden, wie Georg Kliesch, der Vertreter des Bundesarbeitsministeriums ausführte, auch „das Nervenkostüm, der Magen, die Herz- und Kreislaufangelegenheit viel stärker geschädigt“¹²⁴. Lärm war folglich ein Strukturmerkmal der Arbeitertätigkeit und hatte vielfältige Auswirkungen auf die körperliche Verfassung der Betroffenen, doch auch hier gab es die berechtigte Hoffnung, durch die Einführung lärmreduzierter Maschinen Abhilfe zu schaffen¹²⁵. Was sich zur identitätsbildenden Singularisierung aber geradezu aufdrängte, waren die gefährlichen Arbeitsstoffe. In dieser Hinsicht ist die Replik instruktiv, die Georg Kliesch auf die oben zitierte, von den Anwesenden mit viel Beifall goutierte Forderung Klaus Orths nach einem Verbot krebserzeugender Arbeitsstoffe gab: „Es gibt bestimmte Stoffe, die können wir zur Zeit nicht ersetzen, wir können aber auch nicht darauf verzichten!“¹²⁶

Für mögliche identitätspolitische Anliegen stellte dieses Dilemma einen Glücksfall dar. Denn es begründete einen Fall von Ausweglosigkeit; Ausweglosigkeit aber bedeutet buchstäblich nichts anderes als das Fehlen einer Verlaufsdimension. Theoretisch war zwar denkbar, dass einmal alle Stoffe auf ihre Gefährlichkeit hin überprüft und die schädlichen durch unschädliche ersetzt sein würden. Doch stand man in dieser Frage noch völlig am Anfang, wie ein Hinweis von Gerd Albracht

122 DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 81.

123 So konnte Blättel 1985 tatsächlich die seit 1970 sinkende Zahl der Arbeitsunfälle als Erfolg vermelden. Vgl. DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 36.

124 DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 86.

125 Vgl. *ibid.*, S. 153.

126 *Ibid.*, S. 102.

verdeutlichte. Er rechnete vor, dass bereits 50 000 Stoffe in der Arbeitswelt im Einsatz seien, „und jährlich kommen 200 neue hinzu“. Verschärfend trat das Problem der Stoffgemische hinzu, zu denen laut Kliesch noch gar keine Erkenntnisse vorlagen¹²⁷. Und selbst an diesem Punkt hatten die Schwierigkeiten noch kein Ende, wie Friedrich Vaupel von der Gewerbeaufsicht deutlich machte:

Es ist sicherlich nicht damit getan, daß man nun Listen weiterhin vervollständigt, da kommt man nachher auf 1000, 2000 gefährliche Stoffe, aber wer soll das vollziehen, wer soll nachher die Aussage treffen, ob an diesem Arbeitsplatz eine Gefahr besteht?¹²⁸

Die Gefahr völlig zu bannen scheiterte folglich nicht nur am fehlenden Wissen, sondern auch an den fehlenden Kontrollmöglichkeiten. Und anders als beim Lärmproblem, das sich sehr einfach und eindeutig eingrenzen ließ, musste potentiell jeder Arbeiter und jede Arbeiterin damit rechnen, gefährlichen Arbeitsstoffen ausgesetzt zu sein. Selbst anscheinend alltägliche Arbeiten konnten sich als gefährlich erweisen. Sehr eindrücklich schilderte etwa Ingrid Gertjegerdes (IGM) auf der Bundesarbeiterkonferenz 1985 ihre Erfahrungen als Reinigungskraft eines Krankenhauses:

[I]ch habe seit meinem vierzehnten Lebensjahr gearbeitet, aber das waren die schlimmsten anderthalb Jahre, die ich in meinem Leben je mitgemacht habe. Ganz, ganz furchtbar. Die Hände waren bis hier (sie zeigt bis etwa zehn Zentimeter über das Handgelenk) kaputt, man konnte überhaupt nichts mehr anfassen, obwohl ich auch mit Handschuhen gearbeitet hatte. Aber es gab auch keine andere Möglichkeit, dann hätte ich da aufhören müssen.¹²⁹

Als ein spezifisches Arbeitsrisiko vermochten die gefährlichen Arbeitsstoffe folglich die Gesamtheit der Arbeiterschaft zu erfassen und womöglich identitätsbildend zu wirken. Auch wenn die gefährlichen Arbeitsstoffe im Gegensatz zu anderen gesundheitlichen Beeinträchtigungen allein die Verlaufsdimension stilllegen konnten, schloss dies nicht aus, alle Gesundheitsgefahren im Rahmen der identitätsbildenden Singularisierung zu kumulieren. Darauf wies Irmgard Blättel explizit hin:

Typisch für das Arbeitsschicksal der Arbeiter ist, daß eine Vielzahl dieser Risikofaktoren gleichzeitig die Gesundheit beeinträchtigt. Auf das „gleichzeitig“ kommt es hier an! Dies geschieht meist über jahrzehntelange Belastungen, die zu Verschleißprozessen führen und dann oft ganz plötzlich offenkundig werden, wenn zum Beispiel eine arbeitsbedingte Krebserkrankung wie eine Zeitbombe ausbricht.¹³⁰

127 Ibid., S. 90 (Zitat), 97.

128 Ibid., S. 99.

129 DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 209.

130 DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 35 (H. i. O.).

Eine derart konstruierte Arbeiteridentität wies überraschend viele Züge der traditionellen auf. Der im Produktionsprozess auf Gedeih und Verderb den gefährlichen Arbeitsstoffen ausgelieferte Arbeiter erinnerte entfernt an das Bild des mit den Elementargewalten ringenden Hephaistos. Auch das traditionell männlich geprägte und in Abgrenzung zu den Angestellten konturierte Arbeiterbild lebte wieder auf. So ereilte das Schicksal der Frühinvalidität vor allem *männliche* Arbeiter, und Arbeiter erlitten acht Mal so viele Arbeitsunfälle wie Angestellte¹³¹. Die in anderen Bereich so schwierig gewordene Abgrenzung gegenüber den Angestellten ergab sich folglich von selbst, sofern man beide Gruppen nach Maßgabe der Pathologie ordnete.

‚Arbeiter‘ in der Risikogesellschaft

Zudem konnte ein solch pathologisierter ‚Arbeiter‘, wie in Kapitel 2.2.6 bereits angeführt, auch für die nachindustrielle Zeit gesellschaftliche Relevanz als epistemische Ressource beanspruchen, eben weil sich in ihm für die Gesellschaft grundlegende Probleme konzentrierten. Ein solches Problem stellte beispielsweise der Krebs dar. Nicht zufällig war der „Berufskrebs“ ein „zentraler Akteur beim Wandel der Gefahrstoffregulierung in Westdeutschland in den 1970er Jahren“¹³². Die schlechten Heilungschancen verliehen dieser Krankheit eine besondere Dramatik und ihrer Bekämpfung eine besondere Dringlichkeit, zumal Krebs grundsätzlich alle Menschen treffen konnte. Gleichwohl stand die Gesellschaft gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern in einer besonderen Schuld, da sie ihre Krankheit möglicherweise produktionsbedingt erworben hatten. Die gefährlichen Arbeitsstoffe waren jedoch nicht nur als Krebserreger relevant, sie tangierten auch den Problembereich des Umweltschutzes. Interessanterweise stellte Blättel diesen Aspekt erst 1985 deutlich heraus:

Die Umweltpolitik kann nur wirksam betrieben werden, wenn sie die Arbeitsumwelt und die allgemeine Umwelt aufgrund einer einheitlichen Konzeption verbessern will. [...] Nahezu jeder Schadstoff stellt zunächst ein gesundheitliches Problem in der Arbeitswelt dar.¹³³

‚Arbeiter‘ fungierten demnach – *nolens volens* – als ein Bioindikator, der frühzeitig auf potentielle Gefahren für die Gesellschaft aufmerksam machte. Passenderweise

¹³¹ Vgl. *ibid.* Lutz Raphael deutete diese Zahlen jedoch anders: „Deindustrialisierung bedeutete auch, dass eine ganze Alterskohorte, nämlich männliche Industriearbeiter über 50, vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausgeschieden ist [...], auch wenn viele von ihnen bald sozialpolitisch abgefederte Existenzen als Früh- oder Invaliditätsrentner führen konnten.“ Raphael, *Jenseits von Kohle*, S. 84.

¹³² Bächli, *Grenzwertpolitik*, S. 224.

¹³³ DGB-Bundesvorstand, *Zukunft der Arbeit*, S. 41.

hatte Irmgard Blättel die Situation, in der sich die Arbeiterschaft befand, schon 1981 mit dem Begriff des Risikos umschrieben. Bekanntlich sollte Ulrich Beck denselben Begriff heranziehen, um daraus eine Gesellschafts- und Zeitdiagnose zu entfalten. Die Pointe lag darin, dass laut Beck das Risiko als neues prägendes Strukturelement die Grenzen der industriellen Klassengesellschaft niederreißen würde¹³⁴. Die Bundesarbeiterkonferenz von 1981 hatte dagegen einige Belege geliefert, mit der sich Becks Annahme in Zweifel ziehen ließ. Auch mit Blick auf Risiken konnte eine besondere Stellung der ‚Arbeiter‘ begründet werden. Und doch hatte auch Ulrich Beck in einem 1983 erschienenen Aufsatz einen gewichtigen Einwand formuliert, der die Erfolgsaussichten einer gesundheitsbasierten Singularisierung der ‚Arbeiter‘ tangierte. Er vertrat die These, dass die Generalisierung der Lohnarbeiterrisiken keine Gemeinsamkeit mehr erzeuge, die Verrechtlichung dieser Risiken vielmehr auf eine weitere Individualisierung hinauslaufe. Beck stellte klar, welche Konsequenzen die Gewerkschaft zu erwarten hatten:

So stehen gewerkschaftliche und politische Wahrnehmungs- und Bearbeitungsformen hier immer deutlicher in Konkurrenz z. B. zu individualisierenden medizinischen und psychotherapeutischen Betreuungen und Kompensationen, die unter Umständen sehr viel konkreter und für die Betroffenen evidenter die entstandenen Zerstörungen und Belastungen zu „bewältigen“ vermögen.¹³⁵

Die Expertenbefragungen auf der Bundesarbeiterkonferenz ließen dieses Muster tatsächlich erkennen. Es ging einerseits um konkrete Maßnahmen, aber andererseits um gesetzliche Regelungen. Letzteres führte dazu, dass alle Beteiligten den Arbeitnehmerbegriff verwendeten¹³⁶. Dies war zwingend, denn auch wenn hauptsächlich Lohnempfänger von gefährlichen Arbeitsstoffen oder Lärm betroffen waren, so machten diese Gefahren im Einzelfall auch nicht vor einem Meister halt, der in denselben Produktionsprozess involviert war. Umso mehr traf dies zu, als die seit 1955 vorherrschende Herangehensweise, für gefährliche Stoffe sogenannte MAK-Werte zu definieren, also die jeweils zulässige maximale Arbeitsplatzkonzentration festzulegen, in Kritik geriet. Denn sie fußte auf der Annahme, dass die Stoffe unterhalb einer gewissen Grenze ungefährlich waren. In den 1970er Jahren kam aber der individuelle Organismus in den Blick. Der neue Ansatz bestand in der „Einrichtung von ‚Maximalen-Organismus-Konzentrationen‘ respektive von ‚Biologischen Arbeitsstofftoleranzen“¹³⁷.

134 Vgl. Beck, Risikogesellschaft, S. 46 f.

135 Beck, Jenseits von Stand (1983), S. 65.

136 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 89–102.

137 Vgl. Bächli, Grenzwertpolitik, S. 221, 233 (Zitat).

Ein Blick in die Presseberichterstattung über die Konferenz 1981 zeigte aber, dass diese Einwände der Singularisierung keinen entscheidenden Schaden zufügten. Von den fast 40 Artikeln berichteten zwar nur 13 über die Gesundheitsrisiken, aber immerhin neun dieser Beiträge stellten Arbeiter als gesundheitlich besonders gefährdet heraus. Diese Meldungen erschienen etwa im DGB-Organ *Welt der Arbeit*, in der SPD-Zeitung *Vorwärts* und, noch wichtiger, der *Bild am Sonntag*¹³⁸, sodass die Zielgruppe wohl zu einem beachtlichen Teil medial erfasst worden sein dürfte. Zudem dürfte wohl auch im Falle der übrigen Berichte, die verallgemeinernd von „Arbeitnehmern“ respektive „Beschäftigten“ oder objektivierend vom „Arbeitsplatz“ sprachen, den Lesern klar gewesen sein, dass jeweils in der Hauptsache Arbeiter gemeint waren – schließlich bezogen sich die Artikel ja auf die Bundesarbeiterkonferenz¹³⁹.

8.2.3 Anthropologische und chronopolitische Singularisierung

Auch wenn mit der gesundheitszentrierten Singularisierung ein Weg gefunden war, die kollektive Identität ‚Arbeiter‘ auf Dauer zu stabilisieren, war die Geschichte damit noch nicht zu Ende. Sie hätte es aber sein können. Denn als sich die Mitglieder des Bundesarbeiterausschusses daranmachten, die für 1985 anstehende Veranstaltung vorzubereiten, wollten sie die vorherige Konferenz einfach nur fortschreiben, wenn auch mit einem besonderen Blick auf den „Einfluß der neuen Technologien auf die Situation des Arbeiters“¹⁴⁰. Alles hätte also seinen gewohnten Gang nehmen können, hätte nicht Manfred Schneider (IG BE) im Juli 1984 interveniert. Er „warnt[e] davor, einen Zweitaufguß von Osnabrück zu versuchen.“ Er war überzeugt, „daß neue Impulse gebracht werden müssen“, um etwa „aufzuzeigen, wo Lücken in der Mitbestimmungsrealität besonders schmerzhaft auftreten.“¹⁴¹ Norbert Kepp (IG Metall) beharrte jedoch darauf, dass „die Gefährdungs-

¹³⁸ Vgl. pol., Millionen krank – DGB fordert mehr Schutz, in: *Bild am Sonntag*, 5. Juli 1981, Rudi Mews, „Das ist mit Geld gar nicht wieder gutzumachen“, in: *Vorwärts*, 9. Juli 1981 sowie Schmidt, Eine Konferenz, auf der es stank. Alle zitiert nach: o. V., Bericht über die Bundesarbeiterkonferenz ’81, Anlage 9.

¹³⁹ Vgl. etwa Rudolf Deckert, Bei DGB-Chef Vetter piepte es – doch das war ein gutes Zeichen, in: *Neue Rhein Zeitung*, 6. Juli 1981, o. V., „Lärmbelästigung“, in: *Neue Osnabrücker Zeitung*, 6. Juli 1981 sowie Theo Mönch-Tegeder, Realistischer, in: *Neue Osnabrücker Zeitung*, 9. [?] Juli 1981. Alle zitiert nach: *ibid.*

¹⁴⁰ Abteilung Arbeiter-Handwerk, Unterlage zur Sitzung, Bundesarbeiterausschuss am 8. Dezember 1983, S. 1, in: AdsD 5/DGAA000122.

¹⁴¹ Protokoll über die Sitzung des Arbeitsausschusses des Bundesarbeiterausschusses am 31. 7. 1984, 21. September 1984 (Entwurf), S. 1, in: AdsD 5/DGAA000166.

bereiche exemplarisch aufgezeigt werden, die die Gesundheit der Arbeitnehmer betreffen“, da hierin „eine der zentralen Begründungen für die Mitbestimmung“ liege¹⁴². Damit war die Gesundheitsfrage zwar weiterhin als ein mögliches Thema gesetzt, doch sollte sie auf der Bundesarbeiterkonferenz keine zentrale Rolle mehr spielen. Dies lag auch in ihrer temporalen Struktur begründet, denn Gesundheitsprobleme waren letztlich das Resultat von Sünden der Vergangenheit. So nutzte sich der Arbeiterkörper im Normalfall über Jahre und Jahrzehnte beim Vollzug der Arbeit an ergonomisch unzureichenden Arbeitsplätzen ab, wenn diese nicht schon zuvor zu Unfällen und Invalidität führten. Die Thematisierung neuer Technologien ging dagegen mit einer auf die Zukunft gerichteten Perspektive einher, woraus wiederum Unsicherheiten erwuchsen, die eine Singularisierung der ‚Arbeiter‘ erschweren konnten. Denn wie die Zukunft sich letztlich gestalten würde, war umstritten.

‚Arbeiter‘ der Zukunft

Unsicherheit kam auch im Konferenzmotto zum Ausdruck. „Zukunft der Arbeit – Zukunft der Arbeiter?“ – so lautete die Formel, auf die sich der Arbeitsausschuss des Bundesarbeiterausschusses festgelegt hatte. Nur eine Minderheit war dem konkurrierenden Vorschlag „Der Arbeiter in der 3. industriellen Revolution“ gefolgt¹⁴³. Mit Blick auf eine mögliche Singularisierungsstrategie war dies eine bedeutsame Entscheidung. Hätte der Alternativvorschlag lediglich die Verortung des ‚Arbeiters‘ in einem Prozess zur Diskussion gestellt, warf das siegreiche Motto die Frage auf, ob die Arbeiterschaft überhaupt eine Zukunft haben würde. Die Zweifel verstärkte der gewählte Tagungsort: Duisburg-Rheinhausen. Bei den diskutierten Alternativen wie Heilbronn, Leverkusen, Dortmund, Bremen, Saarbrücken oder einem Ort im Rhein-Main-Gebiet¹⁴⁴ wäre dies wohl weniger der Fall gewesen. Duisburg aber stand geradezu exemplarisch für die tristen Aussichten, welche die Arbeiter erwarteten. In Rheinhausen hatte es bereits 1982 erste Proteste gegen die geplante Stilllegung des Walzwerks gegeben, ab Dezember 1987 sollte die Belegschaft des Stahlwerks, unterstützt von den Bewohnern des Stadtteils, dann öffentlichkeitswirksam gegen die drohende Schließung kämpfen¹⁴⁵. Bürgermeister Clemens Fuhrmann zeigte den Delegierten der Bundesarbeiterkonferenz schon 1985 die bedrückende Lage seiner Stadt auf: Die Arbeitslosenquote lag bei 16 Prozent, wobei es sich bei 70 Prozent der

¹⁴² Ibid., S. 2.

¹⁴³ Selzner; Unterlage BAA, 11.12.1984, S. 3.

¹⁴⁴ Vgl. ibid. sowie Protokoll über die Sitzung des Bundesarbeiterausschusses am 17.4.1984 in Düsseldorf, S. 6, in: AdSD 5/DGAA000122.

¹⁴⁵ Vgl. Hordt, Kumpel, S. 125, 193–210.

Arbeitssuchenden um Arbeiterinnen und Arbeiter handelte. Auch ließ Fuhrmann bei den Anwesenden den Eindruck, es könne sich nur um ein lokales Phänomen handeln, erst gar nicht aufkommen: „Tatsache ist auch, daß Duisburg heute zu den typischen Arbeiterstädten gehört.“ Entscheidend war in diesem Satz das Adverb „heute“, denn Fuhrmann klärte die Delegierten auch über die Zeit vor der Industrialisierung auf, in der die Arbeiterschaft in Duisburg noch gar keine Rolle gespielt hatte¹⁴⁶. Für die Stadt schien in der Besinnung auf die eigene Vergangenheit bereits eine Zukunft jenseits dieser sozialen Gruppe auf. Das Fragezeichen im Konferenzmotto hatte also zumindest für den Tagungsort seine Berechtigung.

Drohende Arbeitslosigkeit infolge der Rationalisierungsmaßnahmen war aber nur eine Gefahr, die den ‚Arbeitern‘ drohte. Eine zweite setzte ausgerechnet an deren Episteme an. Auf diese Entwicklung hatte Kurt Beck bereits 1981 aufmerksam gemacht:

Wir erleben eine Entwicklung, daß immer mehr Tätigkeiten aufgesplittet werden, und zwar aufgesplittet werden nach dem Motto, daß der höherwertige Anteil von Tätigkeiten innerhalb dieses Strukturwandelprozesses zu Angestelltentätigkeiten werden, während die unqualifizierten Tätigkeiten eben in immer stärkerem Maße für die Arbeiter übrigbleiben.¹⁴⁷

Becks Befürchtung konnte Volker Volkholz, Gründer und Leiter der Gesellschaft für Arbeitsschutz und Humanisierungsforschung in Dortmund, vier Jahre später mit Umfrageergebnissen der IG Metall untermauern: „Über 80 Prozent aller Investitionen werden im Arbeiterbereich eingesetzt. Nur, von der Kenntnisteilhabe auch an den neuen Technologien sind die Arbeiter weitgehend ausgeschlossen. Sie sind ganz massiv stark bei den leitenden Angestellten konzentriert“¹⁴⁸. Für Michael Kielbassa, dem Vertreter des RKW, war diese Entwicklung kein Zufall, sondern hing mit den neuen Technologien kausal zusammen. So sei etwa die „Betriebsdatenerfassung“ überhaupt nur möglich, wenn „das Betriebsgeschehen wirklich bis ins Detail bekannt ist.“¹⁴⁹ Es blieb aber keineswegs bei einem Wissensabfluss von den Arbeitern hin zu den Angestellten, wie Irmgard Blättel schon in ihrem Eröffnungsreferat deutlich gemacht hatte. Vielmehr würden „berufliche Fähigkeiten und Kenntnisse von den Arbeitnehmern sozusagen ‚abgesaugt‘, in Form von Programmen auf Datenträgern gespeichert und konserviert“, um dann „vom Apparat abgerufen werden [zu] können“¹⁵⁰. Vom ‚Arbeiter‘ drohte, sofern er nicht zum Ar-

¹⁴⁶ DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 17 (Zitat), 18.

¹⁴⁷ DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 42.

¹⁴⁸ DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 72.

¹⁴⁹ Ibid., S. 91.

¹⁵⁰ Ibid., S. 31 f.

beitslosen geworden war, nur noch eine wertlose Hülle zurückzubleiben, die man allzu leicht übersehen konnte. In gewisser Weise führte die Bundesarbeiterkonferenz den Anwesenden genau diese Zukunft der Arbeiter vor Augen. Denn wenn sie im Saal nach vorne blickten, sahen sie, wie erwähnt, hinter den Gewerkschaftsangestellten die Schalttafel des „Lügenottos“, eines „Klartext-Übertrager[s], mit dessen Hilfe eindeutige Informationen, nämlich klar gesprochene Worte über Gefahren und Betriebsstörungen über Lautsprecheranlagen bzw. Telefone weitergegeben werden oder abgerufen werden können“, wie Blättel ausführte. Die zugehörigen Bergarbeiter, deren Arbeitsprozess dieses Gerät überwachte und steuerte, befanden sich dagegen weit entfernt unter Tage¹⁵¹.

Anthropologische Singularisierung

Trotz allem versuchte Blättel, positive Aspekte herauszuarbeiten. So zeigte sie die Miturheberschaft ihrer Klientel bei der Schaffung der neuen Technologien auf: „„Wunderdinge“, die menschlicher Geist ausgedacht, Ingenieurwissen ausgearbeitet und handwerkliche Kunst, also Ihr, die Arbeiter und Arbeiterinnen, umgesetzt haben.“¹⁵² Interessant an dieser Ausführung ist der Verweis auf den „menschlichen Geist“ als eigentlichem Schöpfer, hinter dem jedoch kein identifizierbarer Akteur zu stehen schien. So lag die Aufmerksamkeit ganz auf der Umsetzung, und hier reklamierte Blättel eine Gleichrangigkeit des „Wissens“ der Ingenieure mit der „Kunst“ der Arbeiterinnen und Arbeiter. Was die gesellschaftlichen Auswirkungen der neuen Technologien anging, stützte sich Blättel auf die Prognosen des Physikers Klaus Haefner, wonach bis zum Jahr 2000 die „Arbeit als industrieller Produktionsfaktor zu einem ‚Restposten‘ reduziert“ sein könnte. Wenn hauptsächlich Maschinen die Grundversorgung sicherstellten, eröffnete dies den Menschen die Möglichkeit, sich frei zu entfalten. Und dies, so Blättel, sei „eine alte Sehnsucht der Arbeiterbewegung, nämlich **ihre** Vision“¹⁵³.

Mit dieser Erzählung knüpfte Blättel explizit an die sozialistischen Utopien der frühen Arbeiterbewegung an. In diesen Entwürfen war dem ‚Arbeiter‘ die Rolle des eigentlichen Menschen zugekommen. Im Grunde versuchte sich Blättel nun an einer erneuten anthropologischen Singularisierung der ‚Arbeiter‘: Die Zukunft würde demnach nach den Bedürfnissen der ‚Arbeiter‘ gestaltet sein, eine Zukunft überdies, die es ohne die Umsetzung der neuen Technologien durch die ‚Arbeiter‘ nicht geben konnte. Und doch war diese Erzählung weniger plausibel als noch 80 Jahre zuvor.

151 Ibid., S. 13 (Zitat), 14. Da die Anlage zu Beginn viele Falschmeldungen produzierte, erhielt sie von den Bergleuten den Spitznamen „Lügen-Otto“. Vgl. *ibid.*, S. 85.

152 Ibid., S. 32.

153 Ibid., S. 33, 35 (H. i. O.).

Denn es war nun eine Zukunft, in der kaum noch Platz für Arbeiter war. So gestand Robert Baumann, ein Betriebsratsvorsitzender bei Thyssen, der immerhin einen der Demonstrationsbereiche auf der Konferenz mit vorbereitet und vertreten hatte: „Ich selbst bin nur gewerblicher Arbeitnehmer, und ich glaube, ich spreche für viele Betriebsratskollegen. Für die neuen Technologien und für das, was auf uns zukommt, sind wir vielleicht doch etwas überfordert.“¹⁵⁴ Wie es schien, war nicht weniger als eine grundlegende Transformation der ‚Arbeiter‘ nötig, was wiederum problematisch für eine Singularisierung war. Klassischerweise herrschte die Annahme der Bildungsferne der ‚Arbeiter‘ vor. Bildung war daher auch immer der bevorzugte Weg gewesen, um aus dem Arbeiterdasein herauszukommen. Nun aber machte Manfred Muster, der für die IG Metall die Einführung neuer Technologien in Betrieben beratend begleitete, deutlich, dass nun die Bereitschaft zur Bildung die einzige Möglichkeit war, um überhaupt im Status des Arbeiters verbleiben zu können. Dies brachte Probleme mit sich, wie Muster betonte,

einfach aus dem Grund, weil dort Menschen arbeiten, die irgendwann mal Dachdecker, Koch oder Metzger gelernt haben, also einen Beruf gelernt haben, zehn Jahre oder 15 Jahre am Montageband stehen [...]. Und in den zehn Jahren selbstverständlich das Lernen verlernt haben und sich auch nichts mehr zutrauen. Und nun mit solchen Menschen diese anspruchsvolle Tätigkeit des Anlagenführers zu realisieren, bedeutet das Risiko, daß die selbst zum Betriebsrat sagen, sag mal, willst du mich umbringen?¹⁵⁵

Der individuelle Arbeiter erwies sich als ein Hindernis und Problem. Seine Zukunftsfähigkeit hing davon ab, ob er sich erfolgreich von seiner Vergangenheit emanzipieren konnte. Bezeichnenderweise sprach selbst der IG Metall-Vertreter nun von „Werkern“, um den neuen Beschäftigtentypus zu kennzeichnen¹⁵⁶. Glückte die Qualifizierung, konnte zumindest von der angeblichen Polarisierung unter den Beschäftigten keine Rede sein. Norbert Kepp hatte dem Bundesarbeiterausschuss bereits im Oktober 1984 davon berichtet, dass sich im Metallbereich die Zahl der Berufsbilder von 42 auf 14 verringert hatte. Die verbliebenen wiesen eine „wesentlich größere Berufsfeldbreite“ auf, es sei also „zu einer erheblichen Qualifikationserweiterung“ gekommen¹⁵⁷. Ähnlich optimistisch hatten sich auch die beiden Industriosozioologen Horst Kern und Michael Schumann geäußert. Auch sie sahen die Gesellschaft 1984 „historisch an einem Punkt angekommen [...], von dem ab das kapitalistische Management größere Effizienz nur noch dann gewinnen kann,

¹⁵⁴ Ibid., S. 178 (Zitat), 242.

¹⁵⁵ Ibid., S. 107.

¹⁵⁶ Vgl. *ibid.*, S. 108.

¹⁵⁷ Protokoll BAA-AA, 17. Oktober 1984, S. 3.

wenn es die Arbeitsteilung wieder lockert.¹⁵⁸ Was sich hier abzeichnete, war eine Annäherung der ‚Arbeiter‘ an die ‚Angestellten‘, die somit als das passendere *role model* der neuen Zeit erscheinen mussten.

Und doch bot gerade die anthropologische Singularisierung große Chancen. Zur Debatte stand ja nach wie vor „die Frage nach dem menschlichen Selbstverständnis in einer Welt, in der Wissen und Information mehr und mehr in technischen Systemen und nicht mehr nur in menschlichen Gehirnen verfügbar ist“, wie Irmgard Blättel betonte¹⁵⁹. Was der Arbeiterschaft, aber auch zahlreichen Angestellten, hier drohte, war im besten Fall die Verwandlung in ein hybrides Mensch-Maschinen-Wesen, im schlimmsten Fall ein völliger Rollentausch, der die Menschen, wie Robert Baumann sagte, zu einem „Anhängsel der Maschine“ degradierte. Es war in diesem Sinne nur folgerichtig, wenn Max Kremin (IG BSE) die Frage aufwarf, „ob alle Maschinen, ob Computer und Mikroelektronik nicht sozialversicherungs-pflichtig gemacht werden müssen.“¹⁶⁰ Hier begannen die Grenzen zwischen Mensch und Ding zu verschwimmen. Welche Sprengkraft in dieser Entwicklung steckte, sollte Bruno Latour sechs Jahre später deutlich machen. Er wies „jene offizielle Verfassung [...], die zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Wesen [...] strikt trennen muß“, entschieden zurück. Stattdessen plädierte er für „[v]ariable Ontologien“, um Menschen und Dinge einem einzigen Kontinuum zuzuordnen. In einer solchen Perspektive, so Latour, „existieren Natur und Gesellschaft nicht mehr und nicht weniger als Ost und West.“ Es hatte dann aber auch keinen Sinn mehr, von Akteuren zu sprechen, passend war vielmehr der Begriff Aktant, „denn er umfaßt nicht nur Menschen, sondern auch Tiere, Objekte oder Konzepte.“¹⁶¹ Diesen Gedanken ließ Latour in der Forderung nach einem „Parlament der Dinge“ gipfeln, in dem aber gelte: „Die Mittler haben den ganzen Raum für sich.“ Hier sollten also nicht die Arbeiter selbst zu Wort kommen, sondern der „Mandatsträger“, der sie repräsentierte¹⁶².

Dagegen zeigte die Technikhistorikerin Martina Heßler, wie auch eine anthropologische Singularisierung der ‚Arbeiter‘ hätte gelingen können. Denn seit Mitte der 1980er Jahre setzte bei Philosophen und Sozialwissenschaftlern ein Nachdenken über das Verhältnis von Mensch und Maschine ein, das seinen Ursprung in der unerwarteten Fehleranfälligkeit der Roboter hatte. Spätestens seit Frederick Taylor

158 Kern und Schumann hielten daher auch explizit an ihrer Ende der 1960er Jahre aufgestellten Polarisierungsthese fest. Vgl. Kern/Schumann, Arbeitsteilung, S. 319.

159 DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, 34.

160 Ibid., S. 184.

161 Vgl. Bruno Latour, Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie, Frankfurt a.M. ©2017 [frz. Orig. 1991], S. 122, 114, 115 mit FN 3.

162 Latour, Wir sind nie modern gewesen, S. 191.

wurde der Mensch, und das hieß: der Arbeiter, als der defizitäre Part konzipiert, der möglichst weitgehend durch die zuverlässigen Maschinen ersetzt werden sollte. Das menschliche Defizit wurde dabei in der mechanischen Ausführung der Handgriffe verortet, denn seit dem 17. Jahrhundert herrschte die Auffassung vor, die Menschen unterschieden sich durch ihren Verstand von Maschinen. Die Erfahrungen in der Halle 54 von Volkswagen zeigten aber, dass etwas ganz anderes den Menschen gegenüber der Maschine auszeichnete und dessen Überlegenheit sicherte, nämlich „die Körperlichkeit des Menschen, seine praktischen Fähigkeiten“¹⁶³. Diese Definition des Menschen entsprach aber ziemlich genau dem landläufigen Bild des ‚Arbeiters‘. Berücksichtigt man Heßlers Hinweis, Mitte der 1980er habe eine Hinwendung zum „menschliche[n] Faktor“ eingesetzt¹⁶⁴, zeigt sich das Potential, das die Gewerkschaften mit einem anthropologisch singularisierten ‚Arbeiter‘ hätten realisieren können. Doch für einen solch anspruchsvollen Ansatz hatte die Bundesarbeiterkonferenz schlicht ein paar Jahre zu früh stattgefunden.

Chronopolitische Singularisierung

Gab es also überhaupt noch eine besondere Rolle für die ‚Arbeiter‘? Die Antwort lautete wieder recht eindeutig: ja. Denn die besondere Rolle konnte aus der Konfrontation der Zeitlogik der dritten industriellen Revolution mit derjenigen der bisherigen Gegenwart entspringen. ‚Arbeiter‘ fungierten in dieser Konstellation gleichsam als ein Chronopolitograph, als ein Indikator für den Verbreitungsgrad der neuen Zeitordnung. Dieser Gedanke war den Mitgliedern des Bundesarbeiterausschusses schon vor der Konferenz gekommen, sie hatten ihn als Lehre aus ihrer Fachtagung zu Industrierobotern gezogen. Eine ausschließliche Befassung mit den neuen Technologien hielten sie seither für „zu kurz gesprungen“¹⁶⁵. Diesen Gedanken vertiefte Volker Volkholz auf der Bundesarbeiterkonferenz in seinem Grundsatzreferat zu den neuen Technologien. Er bemühte sich um eine unaufgeregte Bestandsaufnahme und schaffte es so, den bereits erwähnten Fakten eine etwas andere Deutung zu verleihen:

In der Bundesrepublik Deutschland 1981/82, also nach bald zehn Jahren Diskussion um neue Technologien, hat die Hälfte der Betriebe überhaupt noch keine neuen Technologien, keine Mikroelektronik angewandt. Vorzugsweise Kleinbetriebe. [...] In bezug auf die Erwerbstätigen

¹⁶³ Vgl. Martina Heßler, Die Halle 54 bei Volkswagen und die Grenzen der Automatisierung. Überlegungen zum Mensch-Maschine-Verhältnis in der industriellen Produktion der 1980er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 11–1 (2014), S. 56–76, hier S. 60 f., 73 (Zitat).

¹⁶⁴ Ibid., S. 73.

¹⁶⁵ Selzner, Unterlage BAA, 11.12.1984, S. 2.

ist es so, daß mit neuen Technologien Anfang der 80er Jahre etwa 20 Prozent der Erwerbstätigen überhaupt etwas zu tun hatten. Arbeitsbestimmend waren diese neuen Technologien nur für etwa sechs bis sieben Prozent der Erwerbstätigen. Das heißt, Sie müssen sich auch klar machen, daß die Mehrzahl der Erwerbstätigen – und da insbesondere auch der Arbeitnehmer – bislang überhaupt noch gar keine praktischen Erfahrungen mit neuen Technologien hat.¹⁶⁶

Dieser Einwand war durchaus berechtigt, denn die neuen Technologien vermochten die Zeitgenossen durchaus in ihren Bann zu ziehen. Selbst Kern und Schumann konnten sich der Versuchung nicht ganz erwehren, mit ihrer Studie zum Ende der Arbeitsteilung eher Prognosen zu wagen als sich auf die nüchterne Diagnose des Status quo zu beschränken. In gewisser Weise gehört auch dies zum sozialwissenschaftlichen Geschäft, doch hatten Gewerkschaften schon aus einem wohlverstandenen Eigeninteresse heraus eben auch etwas anderes im Blick zu behalten, wie Volkholz darlegte:

Die Gewerkschaften tun sich keinen Gefallen, wenn sie gewissermaßen die Problemsicht nur wiederum auf die neuen Technologien beschränken. [...] Außerdem ist es so: In bezug auf Ergonomie, in bezug auf Arbeitsschutz, in bezug auf Unfallverhütung – liegen jahrzehntelange gewerkschaftliche Erfahrungen vor. Und die kann man jetzt nicht einfach so alle wieder, weil sie altmodisch sind, wegwerfen.¹⁶⁷

Volkholz konnte sich von den Ergebnissen des Demonstrationsbereichs „Belastungen im Baugewerbe – besonders im Mauerwerksbau“ bestätigt fühlen. Das Protokoll hielt dazu fest: „Die Tätigkeiten haben sich im Grunde genommen seit Jahrzehnten im Tätigkeitsbereich des Maurers nicht geändert“. Auch habe der Einsatz von Maschinen keinerlei Erleichterung gebracht, da er nur im Vorfeld der eigentlichen Maurertätigkeit stattfinden könne, sondern habe „die Arbeit des Maurers noch schwerer und intensiver“ gemacht¹⁶⁸. Auch in der Stahlindustrie, einer anderen traditionellen Branche, herrschte bis in die frühen 1990er Jahre die alte, tayloristisch geprägte Arbeitsorganisation vor¹⁶⁹. Lutz Raphael kam im Rückblick ebenfalls zu einem Urteil, das die Rolle des ‚Arbeiters‘ als Kontinuitätsanker plausibilisierte:

In den drei Jahrzehnten nach dem Boom veränderten sich [...] diese Biographie-Muster im früheren Kernsektor industrieller Beschäftigung langsamer, als die zeitgenössische Wahrnehmung und Thematisierung [...] dies zunächst erwarten ließen. Auch der technologische und organisatorische Strukturwandel industrieller Produktion verhielt den zeitgenössischen

¹⁶⁶ DGB-Bundesvorstand, *Zukunft der Arbeit*, S. 68.

¹⁶⁷ *Ibid.*, S. 69.

¹⁶⁸ *Ibid.*, S. 128.

¹⁶⁹ Vgl. Hindrichs et al., *Abschied*, S. 97.

Beobachtern deutlich markantere und direktere Folgen als diejenigen, die de facto aus der Rückschau erkennbar sind.¹⁷⁰

Martina Heßler ging gar noch einen Schritt weiter, indem sie die grundlegenden „Grenzen der Automatisierung“ herausarbeitete. Sie untersuchte hierfür den Versuch von VW, auch die Endmontage vollständig zu automatisieren. Dazu stattete das Unternehmen die Halle 54 zu Beginn der 1980er Jahre mit den modernsten Industrierobotern aus und erreichte so immerhin einen Automatisierungsgrad von 25 Prozent. Dieser Wert lag zwar weit unter den in anderen Bereichen erreichten Graden – das Presswerk war zu 90 Prozent automatisiert –, doch war schon mit jenem Wert eine Grenze erreicht oder gar überschritten. Es stellte sich nämlich bald heraus, dass die Roboter in der Endmontage sehr fehleranfällig waren. Auch in den folgenden 30 Jahren vermochten es die Ingenieure nicht, die Grenze der Automatisierung hier wesentlich zu verschieben¹⁷¹.

Die chronopolitische Singularisierung der ‚Arbeiter‘ stellte also einen vielversprechenden Ansatz dar. Die weit verbreiteten Hoffnungen und Ängste, die mit den neuen Technologien verknüpft waren, lenkten den Blick der Öffentlichkeit in eine Zukunft, in der Mikroelektronik und Industrieroboter der beherrschende Faktor sein würden. Die Vorstellung, eine ganz neue Zeit zu betreten, wurde sicherlich durch das langsam in Sichtweite kommende Jahr 2000 verstärkt. Nicht zufällig hatte Klaus Haefner, auf den sich Blättel berufen hatte, eben jene Jahreszahl in den Titel seines Buches aufgenommen¹⁷². In dieser Konstellation wäre den ‚Arbeitern‘ die Aufgabe zugekommen, als Anwalt der Vergangenheit und Gegenwart zu fungieren. Für die Gesellschaft wie auch für sich selbst hätte die Arbeiterschaft damit einen wertvollen Dienst geleistet, denn sie hätte Raum für eine nüchterne, ergebnisoffene Diskussion schaffen können. Sie hätte, mit anderen Worten, die Pfadabhängigkeit verkörpert und damit den Blick auf den konkreten Anwendungsvollzug der neuen Technologien gelenkt. Dies wiederum hätte den Kontextfaktoren einen größeren Platz eingeräumt und dadurch den neuen Technologien den Schein des Abstrakten, Unantastbaren, aber auch des alles Beherrschenden genommen. Schon auf der Bundesarbeiterkonferenz 1981 hatte Horst Roggenbuck die chronopolitische Eigenschaft der ‚Arbeiter‘ hervorgehoben: „Die Arbeiter [...], denen wird ja von einigen manchmal nachgesagt, daß sie auch ein stabilisierendes Moment darstellen.“¹⁷³

170 Raphael, *Jenseits von Kohle*, S. 348 f.

171 Vgl. Heßler, Halle 54, S. 62–74.

172 Vgl. Klaus Haefner, *Mensch und Computer im Jahre 2000. Ökonomie und Politik für eine human computerisierte Gesellschaft*, Basel/Boston/Stuttgart 1984.

173 DGB-Bundesvorstand, *Arbeit darf nicht kaputtmachen*, S. 47.

Und doch blieb der von Volkholz verfolgte Ansatz auf der Bundesarbeiterkonferenz nicht ohne Widerspruch. Es war ausgerechnet Karl-Heinz Vorbrücken, der Autor der Problemtabelle, der die Ausführungen von Volkholz einer grundsätzlichen Kritik unterzog. Er warf ihm vor, die Geschwindigkeit, mit der sich die neuen Technologien etablierten, völlig aus den Augen verloren zu haben. Er appellierte daher an seine Funktionärskollegen, „jetzt nicht die Augen davor [zu] verschließen und uns auf Humanisierung alleine [zu] stützen im Hinblick auf Veränderungen von Sitzflächen an Stühlen, sondern wir müssen jetzt die neuen Technologien angreifen.“¹⁷⁴ Ironischerweise reproduzierte Vorbrücken durch die Art seines Vortrags auf der Konferenz all jene Befürchtungen, welche mit den neuen Technologien einhergegangen waren. Denn ganz gegen den Charakter der Konferenz, den er selbst ja maßgeblich mitgeprägt hatte, gab es keine einzige Wortmeldung aus dem Teilnehmerkreis. Stattdessen hatte der Moderator den Eindruck, „daß alle wirklich sehr gespannt lauschten.“¹⁷⁵ Die Arbeiter hatten also wieder ihren traditionellen Platz, nämlich unten, eingenommen und zugehört. Und da Vorbrücken viel länger als geplant geredet hatte, blieb am Ende auch keine Zeit mehr zur Diskussion¹⁷⁶.

Jenseits der Frage, ob nun Volkholz oder Vorbrücken ein realistischeres Bild gezeichnet hatten, sind die Einwände von Vorbrücken bedeutsam. Sie lassen nämlich erkennen, wie problematisch die chronopolitische Singularisierung der ‚Arbeiter‘ eigentlich war. Denn diese Operation erfolgte ja nicht auf einer neutralen Grundlage, vielmehr lief sie auf eine chronopolitische Umpolung des ‚Arbeiters‘ hinaus. Er wurde von einem Akteur der Zukunft zu einem Akteur der Vergangenheit. Beide Male lässt sich zwar die rhetorische Figur des „Noch nicht“ nutzen, doch unterscheiden sich die damit verbundenen argumentativen Funktionen. Argumentierte der ‚Arbeiter‘ als Akteur der Zukunft mit dem „Noch nicht“, so bezog sich dies auf die unerfüllt gebliebenen Forderungen nach einer Verbesserung der eigenen Lage. Nun aber sollte das „Noch nicht“ die Grenzen des technologischen Fortschritts markieren – der ‚Arbeiter‘ sollte mithin eine konservative Rolle ausfüllen. Vorbrückens Ausführungen machten deutlich, dass dies mit dem Selbstverständnis der Gewerkschaften nur schwer in Einklang zu bringen war. Doch wäre ein solch konservativer ‚Arbeiter‘ nicht die naheliegende Option zur Begründung des gewerkschaftlichen Anspruchs auf Gegenmacht gewesen, wenn nun die Gegenseite als Verfechterin der Zukunft auftrat? Die große Gefahr lag darin, diesen chronopolitischen Seitenwechsel der Öffentlichkeit gegenüber nicht vermitteln zu können.

¹⁷⁴ DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 93.

¹⁷⁵ Ibid., S. 97.

¹⁷⁶ So wies der Moderator darauf hin: „Ja Kollegen, wir haben acht Minuten vor 1700 Uhr, wenn offiziell Schluß sein soll.“ Ibid.

So warnte Manfred Muster eindringlich davor, dass Gewerkschaften künftig „als ein gesellschaftlich und betrieblich gestaltungsunfähiger oder gestaltungsimpotenter Faktor“ wahrgenommen werden könnten¹⁷⁷. Tatsächlich sahen sie sich schon seit den frühen 1980er Jahren dem Vorwurf ausgesetzt, „Dinosaurier[] eines gescheiterten Industrialismus“ zu sein¹⁷⁸.

‚Arbeiter‘ in der dritten industriellen Revolution

Zieht man ein Fazit zu den inhaltlichen Singularisierungen, welche sich auf der Konferenz von 1985 abzeichneten, so ergibt sich ein zwiespältiges Bild. Es zeigte sich auch hier die Möglichkeit, den ‚Arbeitern‘ eine besondere, anthropologisch oder chronopolitisch begründete Rolle zuzuweisen. Erstere klang ansatzweise in Blättels Eingangsvortrag an, letztere schon deutlicher im Grundsatzreferat des Soziologen Volker Volkholz. Und doch waren die neuen Technologien als Zukunftsthema zwangsläufig mit zahlreichen Unwägbarkeiten verbunden, die jede inhaltliche Singularisierungsbemühung erschwerten. Schon die Tatsache, dass zwei unterschiedliche Ansätze auf der Konferenz miteinander in Konkurrenz traten, wobei die chronopolitische auf expliziten Widerspruch stieß, belegt dies.

Am Ende stand eine von der Konferenz verabschiedete EntschlieÙung. Laut Pressemitteilung sollte sie „die Ziele gewerkschaftlicher Arbeiterpolitik angesichts der dritten industriellen Revolution“ zusammenfassen¹⁷⁹. Dieser vom Bundesarbeiterausschuss eingebrachte Antrag war in programmatischer Hinsicht ambitioniert. Selbstbewusst trugen die Delegierten ihre Forderungen „[a]ls Vertreter von rd. 11 Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen“ vor¹⁸⁰. Es war der Versuch, diesen Menschen durch das Geltendmachen von Rechten eine Mitgestaltung bei der bevorstehenden technologischen Umwandlung der Gesellschaft zu sichern. Denn dass die neuen Technologien nicht nur in den Betrieben zu Veränderungen führen würden, machte die EntschlieÙung gleich zu Beginn deutlich. Zentral war dabei der Gedanke der „Weichenstellung“: „Diese Weichenstellung beeinflusst nicht nur die technischen, sondern auch die sozialen Entwicklungen und die künftigen Möglichkeiten gesellschaftlicher Gestaltung und Konfliktaustragung.“¹⁸¹ Um die

177 DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 105.

178 Hans O. Hemmer, Gewerkschaften im Orwell-Jahr – Erneut am Scheideweg?, in: GMH 35–1 (1984), S. 1–6, hier S. 6.

179 Ulrich Preussner, Neue Technologien im Mittelpunkt der Bundesarbeiterkonferenz, DGB-Nachrichtendienst 204, 29. Mai 1985, in: AdSD 5/DGAA000163.

180 DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 230.

181 Ibid., S. 229.

Arbeiterexistenz zu sichern, bedurfte es laut Antrag nicht nur des „Recht[s] auf Arbeit“, sondern auch der sozialen Sicherung sowie „paritätischer Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft“¹⁸². Immer wieder nahm die EntschlieÙung Bezug auf die spezifische Situation der Arbeiterinnen und Arbeiter¹⁸³, doch sollten ihre Forderungen allen Arbeitnehmern zugutekommen. Hierin spiegelte sich, wie ein zunächst arbeitsplatzbezogen behandeltes Problem sich gesellschaftspolitisch reformulieren ließ, wie sich die Singularisierung, die durch die wiederholte Benennung des Arbeiterstandpunkts erreicht wurde, auch in den Rahmen der integrierten Arbeitnehmerpolitik einfügen ließ, indem die Forderungen an den Gesetzgeber allgemein formuliert wurden.

8.2.4 Singularisierung durch Akteure

Werfen wir am Ende noch einen Blick auf die Singularisierungsbemühungen seitens der Akteure. Wie gingen die Delegierten, Gewerkschaftsfunktionäre, Politiker und Medien damit um? Welche Grenzen zeichnen sich ab, und welche Verschiebungen fanden zwischen 1981 und 1985 statt?

Eine deutliche Verschiebung charakterisierte ausgerechnet die Beiträge der Delegierten. 1981 hatten fünf der neun Delegierten während der Aussprache auf die Besonderheit der Arbeiterschaft verwiesen. Sie alle kamen von der ÖTV, und sie verfolgten mit der Hervorhebung ihrer Statusgruppe das organisationspolitische Ziel, die satzungsmäßig vorgesehenen Arbeiterausschüsse nun auch endlich flächendeckend auf Kreis- und Landesbezirksebene zu etablieren¹⁸⁴. Vier Jahre später war dieses Defizit weitgehend behoben. Nun bewegte die Delegierten ein anderes Problem, nämlich die Ausweitung der Teilzeitarbeit, die sich zumeist unter Umgehung der Sozialversicherungspflicht vollzog. Dies war aber ein Problem, das in erster Linie Frauen betraf, wie etwa Egon Will vom DGB-Landesbezirk Saar betonte¹⁸⁵. Es lag womöglich an diesem Thema, dass sich nun auch erstmals Frauen zu Wort meldeten¹⁸⁶, denn, wie Irmgard Blättel feststellte, sei dies „[a]uf den Frau-

182 Ibid., S. 229, 231f. Diese Forderungen sind auch im Zusammenhang mit Verschiebungen innerhalb des HdA-Programms ab 1982 zu sehen, wodurch Partizipationsfragen in den Hintergrund gerieten. Vgl. Müller, IG Metall im Diskurs, S. 263.

183 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 230–232.

184 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 42–44, 46 f., 54, 68.

185 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 50 f.

186 Burgunde Wüllner von der IG Bau-Steine-Erden sowie Heide Hüther von der Deutschen Postgewerkschaft sprachen zu diesem Thema. Vgl. *ibid.*, S. 52f. Vier Jahre zuvor hatte sich Lieselotte

enkonferenzen [...] schon seit Jahren ein Hauptthema“. Auch in der Aussprache zeichnete sich eine Singularisierung der Frauen ab, wie die Delegierte Heide Hütter in einem emotionalen Appell deutlich machte: „Wir Frauen fordern Arbeitsplätze!“¹⁸⁷ Dass die Delegierten keine genuinen Arbeiterthemen bewegten, oder, anders formuliert, ein genuines Arbeiterthema mit einem Hauptbegriff des *gender*-Registers verbanden, ist bemerkenswert.

Singularisierung durch Funktionäre

Irmgard Blättel selbst rückte 1985 hingegen die ‚Arbeiter‘ noch stärker in den Vordergrund als vier Jahre zuvor. 1981 fiel ihre Begrüßungsansprache noch sehr umfangreich aus, was wenig verwundert. Es war für Blättel die erste Gelegenheit, sich als neue Verantwortliche der Personengruppe Arbeiter bekannt zu machen. Noch dazu konnte die Arbeiterpolitik, wie die Äußerungen der Delegierten zeigten, zu diesem Zeitpunkt noch nicht als organisationspolitisch etabliert gelten. Blättel verfolgte mit der Begrüßung das doppelte Ziel, die Personengruppe Arbeiter einerseits als kompatibel mit dem gewerkschaftlichen Solidaritätsgebot auszuweisen, andererseits ihre Anerkennung seitens relevanter Akteure zu belegen. Dazu begrüßte sie die anwesenden Honoratioren in aller Ausführlichkeit und brachte ihre besondere Freude darüber zum Ausdruck, „daß unsere Konferenz auch ein Echo auf internationaler Ebene gefunden hat“¹⁸⁸. Die Forderung, genuine Arbeiterinteressen zu artikulieren, fiel dagegen nur zurückhaltend aus. Und doch streute sie auch einen sehr weitgehenden Vertretungsanspruch ein: „Diese Arbeit gilt den fünf Millionen im DGB organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen und darüber hinaus den 13 Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen, die wir innerhalb unserer erwerbstätigen Bevölkerung haben. Und das ist noch immer die größte Gruppe.“¹⁸⁹ Vier Jahre später konnte Blättel ihre Zurückhaltung ablegen. Gleich zu Beginn bekannte sie sich zur Aufgabe, „Arbeiterinteressen deutlich zu formulieren“. Die nun

Schafran zwar zu Wort gemeldet, dann aber, im Gegensatz zu ihren beiden männlichen Kollegen, „aus Zeitgründen“ zurückgezogen. DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 67.

¹⁸⁷ DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 57, 53.

¹⁸⁸ Vgl. DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 9–14 (Zitat). Da es sich hierbei um einen beim Europäischen Gewerkschaftsbund beschäftigten Deutschen und zwei Luxemburger handelte, hatten Blättels Mitarbeiter ihr eigentlich empfohlen, auf eine Nennung zu verzichten. Vgl. o. V., Gästebegrüßung [BArbK 81], o. D., S. 18, in: AdsD 5/DGAA000156. Zur Frauenkonferenz hatten sich dagegen Vertreter der israelischen und der amerikanischen Botschaft sowie Gewerkschafterinnen aus Belgien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz angemeldet. Vgl. o. V., Gästebegrüßung [Frauenkonferenz in Essen], S. 24f. in: AdsD 5/DGAA000156.

¹⁸⁹ Vgl. DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 9, 11 (Zitat).

kürzer gehaltene Begrüßung gipfelte in der Nennung der „Arbeiterinnen und Arbeiter aus den DGB-Gewerkschaften“¹⁹⁰. Die beiden anwesenden hochrangigen Politiker, Friedhelm Farthmann und Wolfgang Vogt, nahm sie gleich unmittelbar in die Pflicht, sich für die Arbeiterbelange einzusetzen¹⁹¹. Die Anwesenheit der Politiker diente nun nicht mehr dem Zweck, die Arbeiterpolitik zu legitimieren, sondern es ging nun darum, die Mächtigen in den Dienst der Arbeiterschaft zu stellen. Interessanterweise betrieb Blättel in ihrem Hauptreferat 1985 erneut die gesundheitsbasierte Singularisierung, die die Konferenz vier Jahre zuvor erarbeitet hatte¹⁹², was deren Wirksamkeit unterstreicht.

Als stilbildend sollte sich Blättels Entwicklung jedoch nicht erweisen. Vergleicht man die Reden von Heinz Oskar Vetter und Gustav Fehrenbach, der 1985 den erkrankten DGB-Vorsitzenden Ernst Breit vertrat, waren die „Arbeiter“ in Vetters Ansprache 1981 präsenter. Dies war umso bemerkenswerter, als er seinen Vortrag zur Humanisierung der Arbeit hielt. Zwar hatte er auch schon 1974 in diesem Kontext die Nacht- und Schichtarbeiter als besonders belastete Gruppe hervorgehoben, doch war dies eben auch eine sehr spezielle Gruppe. Sie standen gewissermaßen außerhalb der Arbeiterschaft, da ihre Probleme zeitlich bedingt waren und folglich nicht ohne weiteres auf die Gesamtgruppe aller Arbeiterinnen und Arbeiter verallgemeinert werden konnten. Sie vom Arbeitnehmerbegriff auszunehmen, diskreditierte diesen nicht. Und doch hätte Vetter, wie Hans Matthöfer auf der Bundesarbeiterkonferenz 1977, den Arbeiterbegriff durch den des „arbeitenden Menschen“ ersetzen können. Er tat es aber nicht. Vielmehr warf er gleich zu Beginn seiner Rede die Frage nach der „Situation des Arbeiters in der Gesellschaft und an seinem Arbeitsplatz“¹⁹³ auf. Er ließ diese Frage jedoch zunächst unbeantwortet, um im Mittelteil seiner Ansprache erneut auf sie zurückzukommen:

Meine Ausgangsfrage war, welche Chancen bietet die Gesellschaft dem Arbeiter, ein menschenwürdiges Leben zu führen? Und [...] die Antworten, die auf dieser Konferenz gegeben wurden, teilweise von den Betroffenen selbst, sind sicherlich nicht sehr zufriedenstellend.¹⁹⁴

Vetter selbst verdeutlichte dies, indem auch er die gesundheitsbasierte Singularisierung wiederholte. Dass er auch immer wieder auf die Angestellten einging und ihre Betroffenheit besonders hervorhob, war nicht anders zu erwarten. Seinem Grundtenor – „Es ist überall das gleiche.“ – konnten auch die Anwesenden zu-

¹⁹⁰ DGB-Bundesvorstand, *Zukunft der Arbeit*, S. 13 f.

¹⁹¹ *Ibid.*, S. 15.

¹⁹² Vgl. *ibid.*, S. 40 f.

¹⁹³ DGB-Bundesvorstand, *Arbeit darf nicht kaputtmachen*, S. 127.

¹⁹⁴ *Ibid.*, S. 130.

stimmen, und Vettters Schlussfolgerung, „daß die Trennung zwischen diesen beiden Arbeitnehmergruppen längst auf den Müll der Sozialgeschichte gehört“, spendeten sie „[a]nhaltende[n] Beifall“¹⁹⁵. Ungewöhnlich war, dass er erneut auf die besondere Situation der Arbeiter zu sprechen kam und dabei das Thema der Konferenz von 1985 bereits vorwegnahm. Im Zusammenhang mit dem Einsatz von Industrierobotern beklagte er beispielsweise „die soziale Isolation des Arbeiters“¹⁹⁶. Während Vetter sich am Ende seiner Amtszeit überraschend stark auf die Arbeiterpolitik eingelassen hatte, trat Gustav Fehrenbach geradezu distanziert gegenüber der Arbeiterpolitik auf. Dies begann sich bereits zu Beginn seiner Rede abzuzeichnen, als er die Abwesenheit Breits entschuldigte,

weil er nicht zuletzt auf dieser Bundesarbeiterkonferenz als Vorsitzender [...] des DGB eben dieser [...] ja bedeutendsten Gruppe in der Zusammensetzung der Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes seine Verbundenheit zum Ausdruck bringen wollte.¹⁹⁷

Ob sich Fehrenbach selbst auch mit der Arbeiterschaft verbunden fühlte, ließ er, bewusst oder unbewusst, offen. Jedenfalls verzichtete er darauf, die genuinen Probleme und Interessen dieser Gruppe als solche zu benennen. Vielmehr schwor er die Anwesenden auf die Aufgabe ein, die Angestellten künftig stärker als bisher zu umwerben¹⁹⁸. Zugleich bemühte sich Fehrenbach nachhaltig um eine Stärkung des Arbeitnehmerbegriffs. Er betonte nicht nur, wie Vetter, die prinzipielle Gleichheit der Interessen und Probleme von Arbeitern und Angestellten, sondern hob hervor, dass viele Angestellte aus dem Arbeiterstatus aufgestiegen seien¹⁹⁹.

Auch wenn Fehrenbach seine Karriere als Beamter begonnen hatte, überrascht sein Verzicht, der Arbeiterpolitik Anerkennung zu zollen. Denn er entstammte der Deutschen Postgewerkschaft, die zu den frühesten Verfechtern der Personengruppe Arbeiter gehört hatte²⁰⁰. Zu Beginn der Konferenz hatte sein DPG-Kollege Jürgen Sauer klargemacht, wie brisant dieses Thema für die Gewerkschaft noch immer war. Seinen Ausführungen zufolge trieb die Bundespost die Verbeamtung möglichst vieler Lohnempfänger voran, nachdem ihr Einsatz von Beamten als Streikbrecher im Jahr 1980 auch auf Widerstand in der Beamtenschaft gestoßen

195 Ibid., S. 132.

196 Ibid. S. 134.

197 DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 141.

198 Vgl. *ibid.*, S. 148. Mit dieser Agenda war bereits der neu gewählte Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, Heinz Dieter Mahlberg, vor die Teilnehmenden getreten. Vgl. *ibid.*, S. 136–138.

199 Vgl. *ibid.*, S. 149.

200 Zum Lebenslauf von Gustav Fehrenbach vgl. die Angaben auf der Homepage des DGB: <<https://www.dgb.de/themen/+++co++595f319c-1286-11df-40df-00093d10fae2>> (29.08.2023).

war. Für Sauer war damit „die Streikfähigkeit und damit die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst“ gefährdet²⁰¹.

Singularisierung durch Politik und Medien

Zieht man die Aussagen von Politikern und Medienberichten hinzu, lässt sich auch hier ein deutlich abnehmendes Interesse erkennen. So erreichten die Bundesarbeiterkonferenz 1981 Grußworte von Helmut Kohl für die CDU, von Helmut Rohde für die AfA, von Willy Brandt für die SPD, von Edmund Stoiber für die CSU, von Norbert Blüm für die CDA sowie vom Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg²⁰². Wie schon 1977 verzichteten fast alle Grußwortschreiber auf den Arbeiterbegriff, nur Norbert Blüm, selbst gelernter Arbeiter, zeigte sich gewohnt wortgewaltig und hob die besondere Episteme der ‚Arbeiter‘ hervor:

Die Arbeiter hatten immer einen Sinn für das Praktische und haben sich von ideologischen Wolkenschiebern wenig irritieren lassen. Nur was beim einzelnen an seinem Arbeitsplatz auch wirklich ankommt, das zählt. [...] Die praktischen Erfahrungen der Arbeiter sind oft wichtiger und hilfreicher als die Analysen ganzer Expertenstäbe. Deshalb bitte ich Euch, daß Ihr Eure Erfahrungen einbringt. Vertraut weiter auf Euren gesunden Menschenverstand – denn die Technokraten und Ideologen kommen ans Ende ihres Lateins.²⁰³

1985, nun selbst im Amt des Bundesarbeitsministers, hielt auch Blüm sich merklich zurück. Dass nun Rudolf Dreßler für die AfA „die Probleme der Arbeiter“ als „ein herausragendes gesellschaftspolitisches Thema“ würdigte, half nur wenig, zumal keine weiteren Grußworte für die Bundesarbeiterkonferenz 1985 dokumentiert sind²⁰⁴.

Ähnlich stark nahm auch das Interesse der Presse an der Veranstaltung ab. Den fast 40 Berichten 1981 standen vier Jahre später nur noch fünf Artikel in nicht ge-

201 DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 49. Zum Schichtdienststreik 1980 vgl. Lauschke, Zusammenhalten, S. 39–46.

202 Vgl. Helmut Kohl Vorsitzender der CDU Deutschlands Grusswort, Fernschreiben vom 2. Juli 1981, Helmut Rohde, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, Grusswort, 25. Juni 1981, Willy Brandt Vorsitzender der Sozialpolitischen [sic!] Partei Deutschlands, Grusswort, 22. Juni 1981, Dr. Edmund Stoiber Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union, Grusswort, Fernschreiben vom 2. Juli 1981, Norbert Blüm Vorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Grusswort, 26. Juni 1981 sowie Dr. Herbert Ehrenberg, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung an die Bundesarbeiterkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 30. Juni 1981, alle in: AdsD 5/DGAA000156.

203 Blüm, Grusswort, 26. Juni 1981.

204 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 247 (Zitat), 248.

werkschaftsgebundenen Zeitungen gegenüber²⁰⁵, hinzu kamen drei Artikel in Gewerkschaftszeitungen²⁰⁶ sowie drei Pressemitteilungen, die der DGB lanciert hatte²⁰⁷. Die wenigsten von ihnen gingen auf die Singularisierungsangebote ein. Das ötv-magazin wiederholte die gesundheitsbasierte Singularisierung, die auch in einer der Pressemitteilungen prominent platziert worden war²⁰⁸. Lediglich zwei Artikel thematisierten das Verhältnis von Arbeitern und neuen Technologien. Hans Peter Lukas trug im Vorwärts die von Volker Volkholz präsentierten Fakten vor: „Über die Arbeiter wird verfügt. Die Vorteile der neuen Techniken genießen aber die Vorgesetzten vom angestellten Meister bis zum leitenden Angestellten.“²⁰⁹ Bemerkenswert waren dagegen die wenigen Zeilen, die sich im DGB-Organ Welt der Arbeit fanden. Eckhard Wiemers verwies darin auf die „Berichte von ‚vor Ort‘, von Arbeitern und Betriebsräten, die tagtäglich mit ‚High-Tech‘-Geräten umgehen müssen.“²¹⁰ Nur hier deutete sich an, dass Arbeiterinnen und Arbeiter auch im Umgang mit den neuen Technologien genuine, gewerkschaftlich verwertbare Erfahrungen erwerben konnten. Doch die chronopolitische Singularisierung tauchte auch hier nicht auf.

Nachlassende Resonanz

Die beschriebenen Entwicklungen sind aus sich selbst heraus nicht verständlich. Woran lag die vergleichsweise große Aufmerksamkeit, welche die Arbeiterthematik 1981 erfuhr? Und was bedeutete das nachlassende Interesse vier Jahre später? War die Arbeiterpolitik schon wieder gescheitert? Liest man das Protokoll der Konferenz

205 Vgl. Günter Verstappen, Mehr Chancen durch Weiterbildung, in: Rheinische Post, o. D., o. V., DGB-Konferenz befaßt sich mit neuer Technologie, in: Süddeutsche Zeitung, 3.6.1985, Karl Wage-mann, Umweltschutz schafft neue Arbeitsplätze, in: NRZ, o. D., rd, DGB: Keine Angst bei neuer Technologie!, in: NRZ, o. D. sowie Hans Peter Lukas, Lügenotto spricht, in: Vorwärts Nr. 24, 8. Juni 1985, S. 17, alle zitiert nach: DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 252, 257, 261 f.

206 Eckhard Wiemers, Jetzt Klartext für Auguste Victoria, in: Welt der Arbeit, Nr. 23, 6. Juni 1985, S. 4, Bruni Franke, Zukunft der Arbeit auch Zukunft der Arbeiter?, in: Die Quelle 6/85, S. 377–378 sowie o. V., Risiken erkennen, Chancen nutzen, in: ötv-magazin 7/85, S. 11–12, alle zitiert nach: DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 256, 259 f., 263 f.

207 Vgl. Preussner, Neue Technologien, ders., Blättel: Sozialpflichtigkeit gilt auch für Technik, in: DGB Nachrichtendienst 204, 30. Mai 1985 sowie ders., DGB: Höchste Zeit für eine Kehrtwende!, in: DGB-Nachrichtendienst 208, 30. Mai 1985, alle zitiert nach: DGB-Bundesvorstand, Zukunft der Arbeit, S. 253 f., 258.

208 Vgl. Preussner, Blättel: Sozialpflichtigkeit sowie o. V., Risiken erkennen, Chancen nutzen, S. 264.

209 Lukas, Lügenotto spricht, S. 17.

210 Wiemers, Jetzt Klartext für Auguste Victoria, S. 4.

von 1981, stößt man immer wieder auf den Namen Brüning²¹¹. Dies war kein Zufall. Denn die Bundesrepublik geriet in den frühen 1980er Jahren in eine wirtschaftliche und politische Krisensituation. Die nahende fünfzigste Wiederkehr der Machtübertragung an die NSDAP drängte sich in dieser Situation als historischer Vergleichsmaßstab zweifellos auf. Die bisher selbstsicher vorgetragene Gewissheit, Bonn sei nicht Weimar, geriet ins Wanken. Aufgrund der sich abzeichnenden verschärften gesellschaftlichen Auseinandersetzungen war es Vetter damals darum gegangen, die gewerkschaftliche „Kampfbereitschaft“ zu mobilisieren²¹². Sich in dieser Situation wieder auf die ‚Arbeiter‘ zu besinnen, lag nahe. Anders als zu Beginn der 1970er Jahre drohte sich der Arbeiteraktivismus nun auch nicht mehr unkontrolliert gegen die Gewerkschaften selbst zu richten. Die Massenarbeitslosigkeit hatte zu einer spürbaren Verringerung der Streikhäufigkeit geführt. Es ging nun nicht mehr um höhere Löhne, die die Arbeiter in Zeiten des Booms notfalls allein mit dem Mittel des wilden Streiks hatten erkämpfen können. Nun wurde um die Verringerung der Wochenarbeitszeit als letztes verbliebenes Mittel gekämpft, um die ständig steigenden Arbeitslosenzahlen wenigstens ansatzweise in den Griff zu bekommen. Dieser Kampf aber erforderte eine professionelle Organisation, und dies konnten nur die Gewerkschaftsspitzen leisten. 1984 rief die IG Metall in der Metallindustrie des Bezirks Nordwürttemberg/Nordbaden den Streik aus, der letztlich zur Einführung der 38,5-Stunden-Woche führte²¹³. 1985 waren all diese Themen jedoch schon wieder ad acta gelegt. Bonn war Bonn geblieben, auch, weil die Arbeiterschaft in Krisenzeiten mit Weimar nichts anzufangen wusste. Dass dies nicht selbstverständlich war, machte Wilke Thomssen schon zeitgenössisch deutlich:

Gleichgültig jedoch, ob man damals Skeptiker, Realist oder Zukunftspolitiker gewesen sein mag, niemand hätte gewagt vorauszusagen, daß sich die Arbeiter 1981 bei 1,5 Millionen Arbeitslosen, sinkenden Löhnen und Sozialleistungen sowie steigenden Arbeitsanforderungen so verhalten, wie sie es gegenwärtig tun.²¹⁴

211 Irmgard Blättel warnte vor einer „Finanz- und Wirtschaftspolitik à la Brüning“ und Gunter Huonker vor einer „Sparpolitik à la Brüning“. Vetter schließlich bemerkte: „Wer diese Zusammenhänge übersieht und tiefe Einschnitte bei den Sozialausgaben plant, der riskiert, daß Massenkaufkraft und damit die Konjunktur noch weiter absacken, und der riskiert dann eben den Teufelskreis, der uns in den 30er Jahren schon einmal in die Katastrophe geführt hat.“ DGB-Bundesvorstand, Arbeit darf nicht kaputtmachen, S. 29, 63, 128.

212 Ibid., S. 137.

213 Vgl. Raphael, *Jenseits von Kohle*, S. 172, 187–189.

214 Thomssen, *Konstitution*, S. 317.

Auf der Bundesarbeiterkonferenz 1985 beschäftigte die führenden Gewerkschafter, Politiker und Delegierten etwas anderes: Sie sahen sich einem feindlichen Singularisierungsversuch ausgesetzt, der sich gegen den einheitlichen Arbeitnehmerbegriff richtete. Denn die nicht mehr ganz so neue Regierung Kohl plante eine Stärkung der leitenden Angestellten, die das Recht erhalten sollten, neben dem Betriebsrat einen eigenen Sprecherausschuss zu gründen. Ohnehin zeichnete sich zu dieser Zeit in den Betrieben bereits eine Spaltung der Arbeitnehmerschaft in Stamm- und Randbelegschaften ab. Denn immer mehr Arbeitsverträge waren befristet, und immer mehr Beschäftigte wurden von Zeitarbeitsfirmen an die Betriebe verliehen²¹⁵. Dies mag auch eine Erklärung dafür sein, weshalb die führenden Gewerkschafter 1985 den Arbeitnehmerbegriff so stark in den Mittelpunkt rückten, anstatt sich an der Singularisierung der ‚Arbeiter‘ zu beteiligen.

Lutz Raphael erkannte im Jahr 1985 „so etwas wie die Wetterscheide in den Arbeitskonflikten der westeuropäischen Industrien“ – doch nicht nur das. Auch die „gesamtgesellschaftliche Gestaltungskraft“ der Gewerkschaften war nun infrage gestellt²¹⁶. Wenn die Zeitungen in diesem Jahr also kaum noch über die Bundesarbeiterkonferenz berichteten, zeichnete sich darin weniger eine Schwäche der gewerkschaftlichen Arbeiterpolitik als vielmehr der einsetzende Bedeutungsverlust der Gewerkschaften ab.

8.3 Fazit

Die Bundesarbeiterkonferenzen der Jahre 1981 und 1985 hatten eindrucksvoll untermauert, welches Potential im ‚Arbeiter‘ noch immer verborgen lag. Weit weniger spektakulär, aber für die Zukunft der Arbeiterpolitik umso wichtiger war die erste Konferenz 1977. Sie war ein Wendepunkt, gerade weil sie inhaltlich nicht über die bestehende DGB-Beschlusslage hinausging und, was die Herausstellung des Arbeiterbegriffs betrifft, sogar hinter der Humanisierungskonferenz des DGB zurückblieb. Die Personengruppe Arbeiter hatte der DGB-Spitze bewiesen, keine Gefahr darzustellen, indem sie sich mit biederer integrierter Arbeitnehmerpolitik begnügte, statt auf öffentlichkeitswirksame autonome Arbeiterpolitik zu setzen. Ansatzweise hatte die Konferenz die Arbeitnehmerpolitik auf die Spitze getrieben – und dadurch ad absurdum geführt. Auch musste die DGB-Spitze erkennen, dass sie mit ihrer demonstrativen Demütigung der Personengruppe Arbeiter – die Öffent-

²¹⁵ Vgl. etwa die Redebeiträge von Irmgard Blättel, Gustav Fehrenbach, Manfred Hessel-Stahl sowie Max Kremin. DGB-Bundesvorstand, *Zukunft der Arbeit*, S. 38–40, 147, 155, 203.

²¹⁶ Raphael, *Jenseits von Kohle*, S. 173, 188.

lichkeit blieb von der Konferenz ausgeschlossen, ja noch nicht einmal das DGB-Emblem durfte auf der Bühne des Tagungsortes angebracht werden – den Bogen überspannt hatte. Die erste Konferenz war auch insofern ein Wendepunkt, als die Arbeiterpolitiker – allesamt Gewerkschaftsangestellte – erstmals auf richtige Arbeiter (und sehr wenige Arbeiterinnen) trafen. Mit dem subalternen, bildungsfernen, der Fürsorge bedürftigen Malocher hatten diese Delegierten zumeist wenig gemein. Und doch klang dieses Arbeiterbild ausgerechnet in der Schlussansprache von Martin Heiß an, als er die Delegierten für Seife, Werkzeug und Schnaps, die ihnen als kleine Präsente mit auf den Heimweg gegeben wurden, erwärmen wollte. Dieses von Heiß gezeichnete Bild spiegelte auch den intern mit der Problemtabelle Arbeiter bereits erreichten Diskussionstand, der sich durch ein sehr differenziertes, im Grunde poststrukturalistisches Arbeiterbild auszeichnete, in keiner Weise wider. Wie es scheint, setzte aber auch bei Heiß aufgrund der Konferenz Erfahrung ein Umdenken ein, denn ein wirklich entschiedener Kämpfer für die Arbeiterpolitik war er bis zu diesem Zeitpunkt nicht immer gewesen.

Die Konferenzen der 1980er Jahre waren ganz auf Öffentlichkeitswirksamkeit hin angelegt, die sie durch die Singularisierung der ‚Arbeiter‘ zu erreichen suchten. Wie die Arbeiterfilme setzten sie dabei auf ein eigenes Format, um dem Wesen der ‚Arbeiter‘ gerecht zu werden. Anstelle langwieriger Antragsberatung sollten es „Konferenzen zum Anfassen“ sein, auf denen das Primat der Schriftlichkeit suspendiert war. Stattdessen sollten „Lärmautomaten“ und „Riechbars“ die Welt der ‚Arbeiter‘ erfahrbar machen. Dadurch wurde der ‚Arbeiter‘ als das andere, das Fremde konstruiert, der über eine exklusive Episteme verfügte, die derjenigen der Wissenschaftler prinzipiell gleichgestellt war. Beide sollten auf den Konferenzen in einen Austausch auf Augenhöhe treten. Gleichwohl war diese Singularisierung über das Format mit einem Preis verbunden, denn sie koppelte die Arbeiterdelegierten von der gewerkschaftlichen Willensbildung ab. Denn diese basierte nach wie vor auf Anträgen und Entschliefungen.

Immerhin sorgte diese unkonventionelle Konferenzform, die pikanterweise gut zehn Jahre zuvor von einer Unternehmensberatungsagentur für Managementseminare entwickelt worden war, für öffentliche Aufmerksamkeit. Den hohen Aufmerksamkeitsgrad, der den Arbeiterfilmen zuteilwurde, erreichten die Arbeiterkonferenzen jedoch nicht. Dies lag darin begründet, dass die Konferenzen bei genauer Betrachtung keine reinen Singularisierungsveranstaltungen waren, sondern gerade an prominenter Stelle Elemente der integrierten Arbeitnehmerpolitik aufwiesen. Denn ausgerechnet die hochrangigen Gäste aus Politik und Gewerkschaften, die für die innerverbandliche Legitimierung der Personengruppe Arbeiter eine große Rolle spielten, traten dort nicht als Arbeiterpolitiker auf. Vielmehr sprachen sie zu allgemeinen politischen Themen und adressierten die Anwesenden zumeist als ‚Arbeitnehmer‘. Und gerade über diese Events im Event berichteten

bevorzugt die großen überregionalen Zeitungen – wenn sie denn überhaupt von den Konferenzen berichteten. Schon 1985 zeichnete sich ein deutlich nachlassendes Interesse seitens der Medien ab, und auch die Grußworte der Politiker gingen immer weniger auf die Singularisierungsversuche ein. Ausgerechnet Norbert Blüm, der als Oppositionspolitiker als entschiedener Verfechter der ‚Arbeiter‘ hervorgetreten war, bevorzugte als Arbeitsminister den Arbeitnehmerbegriff. Dieser Trend des abnehmenden Interesses an ‚Arbeiterfragen‘ erfasste jedoch auch die Delegierten selbst. Hatten sie bei den Aussprachen 1977 und 1981 vehement den Ausbau der Arbeiterpolitik eingefordert, spielte diese Frage 1985 keine Rolle mehr. Woran lag dies? In erster Linie war der ausbleibende institutionelle Ausbau der Personengruppe Arbeiter, konkret die Errichtung von Arbeiterausschüssen auf Landesbezirks- und Kreisebene, Stein des Anstoßes gewesen. Bis 1985 war dieses Manko zumindest so weit abgebaut, dass es nicht mehr zur Mobilisierung der Delegierten taugte.

Äußerst innovativ zeigten sich die Konferenzen bei der inhaltlichen Singularisierung der ‚Arbeiter‘. 1981 erfolgte sie im Modus der Pathologisierung der Arbeiter: Sie erlitten häufiger Arbeitsunfälle, wurden öfter berufs- oder erwerbsunfähig und sie waren stärker als andere Beschäftigte dem Risiko gefährlicher Arbeitsstoffe ausgesetzt. Diese Singularisierung erzeugte Betroffenheit, und dies passte in den damaligen, vom alternativen Milieu mitgeprägten Zeitgeist. Zugleich konnte diese Art der Singularisierung an das in der Tradition der Arbeiterbewegung stehende Bild des ‚Arbeiters‘ als Märtyrer anknüpfen, der sich für das Gemeinwohl und den Fortschritt opfert. Vielversprechend war die Pathologisierung aber noch aus einem weiteren Grund. Gerade das Risiko, mit gefährlichen Arbeitsstoffen konfrontiert zu sein, stellte eine andauernde Gefährdung der Arbeiterinnen und Arbeiter dar. Erst diese Unvergänglichkeit eröffnete die Möglichkeit, einem Arbeitercharakteristikum den Anschein des Essentiellen zu verleihen, wie dies bei jenen prägenden postmodernen Identitäten, die auf *race* oder *gender* basieren, ebenso der Fall ist. Mit anderen Worten: ‚Arbeiter‘ konnten nicht nur, wie die Problemtabelle gezeigt hatte, nach Maßgabe des Poststrukturalismus modelliert werden, auch die Identität ‚Arbeiter‘ ließ sich nach den Erfordernissen der Postmoderne gestalten. Bedenkt man weiter, dass mittlerweile auf *race* und *gender* basierende Identitäten die sozial verfassten weitgehend verdrängt haben, so zeigt dies, dass diese Entwicklung keineswegs zwangsläufig war. Dies wirft die Frage auf, warum es dennoch zu dieser Verdrängung gekommen ist.

Die gesundheitsbasierte Singularisierung führten die Arbeiterpolitiker des DGB zwar Zeit des Bestehens der Personengruppe fort, doch auf der Bundesarbeiterkonferenz 1985 stand ein zweiter Singularisierungsansatz im Vordergrund. ‚Arbeiter‘ wurde nun im Modus der Temporalität singularisiert. Auch dieser Ansatz konnte auf eine lange Tradition innerhalb der Arbeiterkultur zurückblicken. Ver-

treter der Zukunft zu sein, der neuen Zeit, wie auch das Theorieorgan der wilhelminischen Sozialdemokratie nicht zufällig geheißen hatte, prägte seit Anbeginn das Selbstverständnis der Bewegung. Unter dem Eindruck des Aufkommens der neuen Technologien, das den Zeitgenossen als eine dritte industrielle Revolution erschien, verschob sich die temporale Verortung der ‚Arbeiter‘ jedoch grundlegend. Gerade die Beschäftigten der kleinen und mittleren Unternehmen traten nun als Zeugen für die Grenzen des Fortschritts auf. Sie erfuhren tagtäglich, wie noch immer alte Produktionsformen und Maschinen ihre Arbeit prägten. Zugleich war dies ein deutliches Memento, dass auch noch immer die traditionellen Probleme fortbestanden und einer gewerkschaftlichen und politischen Lösung harren. In einer Zeit, in der die mediale Öffentlichkeit, Politik und Sozialwissenschaft sich ganz der Zukunft und damit der Prognose sozialer Zustände verschrieben hatten, war eine solche Position, die auf die Diagnose des Bestehenden als Grundlage politischer Entscheidungen setzte, von großer Bedeutung. Jedoch zeigte die Konferenz auch, wie schwer sich die Gewerkschaftsfunktionäre mit der temporalen Umpolung des ‚Arbeiters‘ taten. Ausgerechnet Karl-Heinz Vorbrücken, der die Arbeiterpolitik mit der Problemtabelle konzeptionell so weit nach vorne gebracht und unermüdlich für das neue Konferenzformat gekämpft hatte, trat nun 1985 als Verfechter einer Gewerkschaftspolitik auf, die sich ganz auf die künftige Entwicklung der neuen Technologien konzentrieren sollte.

Der Fokus auf die Fortschrittlichkeit verdeckte jedoch eine andere Veränderung, die mit den neuen Technologien einherging, und die großes Potential für die Singularisierung der ‚Arbeiter‘ hätte bieten können. Denn die Einführung von Industrierobotern und Mikrochips stellte die seit der Aufklärung vorherrschende Konzeption des Menschen infrage, wie Martina Heßler überzeugend darlegte. Der Mensch zeichnete sich gegenüber der Maschine nun nicht mehr dank seiner überlegenen Vernunft aus, welche wiederum für das Selbstverständnis von Bürgern und Intellektuellen von besonderer Bedeutung war. Worüber Industrieroboter nicht verfügten, war implizites Erfahrungswissen. Wichen zwei Teile nur um Millimeter voneinander ab, musste der Roboter scheitern. Erfahrungswissen war hingegen das Charakteristikum der ‚Arbeiter‘, denen ja traditionell Bildungsferne unterstellt worden war. Es war eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet die dritte Revolution, welche aus Sicht der Gewerkschafter die Zukunft der Arbeiterschaft gefährdete, den ‚Arbeiter‘ erneut zum idealtypischen Menschen erhob – ein Anspruch, den schon Karl Marx über hundert Jahre zuvor philosophisch begründet hatte.

Die Wahrnehmung der Delegierten war auf der Arbeiterkonferenz 1985 jedoch eine gänzlich andere. Sie befürchteten eine Enteignung des Erfahrungswissens durch die neuen Technologien. Wissen und Bildung spielten folglich eine große Rolle in den Debatten, und auch hier zeichnete sich ein fundamentaler Wandel ab.

Hatten Martin Heiß und Hans Pornschlegel in den frühen 1970er Jahren in der Bildung einen Weg erkannt, die Arbeiter aus ihrem Arbeiterstatus hinauszuführen, galt nun die umgekehrte Prämisse. Arbeiter mussten sich fortbilden, um Arbeiter bleiben zu können, oder vielleicht präziser formuliert: um nicht arbeitslos zu werden. Dies wirft wiederum ein Licht auf einen interessanten Aspekt der nun aufziehenden Wissensgesellschaft. Sie war keine Bildungsgesellschaft, jedenfalls nicht im überkommenen Sinn. Denn der bisherige Gedanke, dass einmal erworbene Bildung lebenslang einen bestimmten Status garantiert, war nun hinfällig. Wissen konnte hingegen auf vielfältige Art und Weise erworben werden, musste aber ständig aktualisiert werden. In diesem Sinne war die Wissensgesellschaft eine Fort- und Weiterbildungsgesellschaft.